

10 Dringliche Anträge

10.1 Mindestsicherung bei AMS-Sperren (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat. Das Stück heißt: Mindestsicherung bei AMS-Sperren. Exakt 221,37 Euro. Mit so viel oder, besser gesagt, mit so wenig Geld müssen derzeit zahlreiche Steirer und Steirerinnen im Monat auskommen. Die Thematik ist bekannt: Wenn Arbeitssuchende einen AMS-Termin nicht annehmen oder Jobangebote verweigern, drohen ihnen Kürzungen und Sperren des Arbeitslosengeldes. Bei einer solchen ist früher die Mindestsicherung eingesprungen – das geschieht nun nicht mehr.

Zahlreiche veröffentlichte Beispiele von Betroffenen sowie statistische Erhebungen zeigen deutlich, dass beim AMS in letzter Zeit Sperren und Kürzungen häufiger und verschärft zur Anwendung kommen. Verglichen mit dem Vorjahr ist es österreichweit im ersten Halbjahr 2019 zu einer 17%-igen Steigerung der Sanktionen gekommen. Dabei sind die Sperren schon von 2017 auf 2018 sprunghaft von 4.874 auf 6.289 angestiegen. Der Druck auf arbeitssuchende Menschen hat eklatant zugenommen. Gerade über diesen Druck, welcher Menschen unter das Existenzminimum drängt, gibt es keine validen Erkenntnisse, die positive Auswirkungen auf die Motivation von Erwerbslosen aufzeigen. Das Gegenteil ist der Fall, wie die Caritas Steiermark ebenso warnt: Durch solche restriktiven Sanktionen werden Menschen stark in eine Armutsspirale gedrängt, aus welcher sich viele Haushalte nie wieder erholen können, da zumeist keine finanziellen Polster vorhanden sind.

Mit unserer Meinung, dass eine derartige Vorgehensweise mit totalen Leistungssperren nicht menschenwürdig ist, sind wir nicht allein. So hat der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof am 5. November dieses Jahres ein Urteil über Leistungssperren bei Hartz-IV-EmpfängerInnen bekanntgegeben, wonach es so ist, Sanktionen bei Arbeitssuchenden, die eine 30%-ige Kürzung der Leistungen übersteigen, sind ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

Das Land Steiermark soll Menschen, die kaum etwas haben, nicht noch weiter hinuntersanktionieren. Die Sperren des AMS dauern zwischen sechs und acht Wochen. Formale Tücken sind nicht selten der Grund für eine solche Strafe. Wie man mit 221,37 Euro im Monat wohnen und überleben soll, ist mir sowieso schleierhaft. Zumindest sollte so rasch wie möglich von Seiten des Landes Steiermark die Regelung dahingehend geändert werden, dass die Mindestsicherung bei AMS-Sanktionen zumindest die Wohn- und Lebenshaltungskosten der Betroffenen deckt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt mittels Petition an die Steirische Landesregierung und den Steirischen Landtag heran mit dem Ersuchen, eine Lösung zu finden, damit im Falle einer AMS-Sperre die Kürzung auf 25 % des Mindestsicherungsrichtsatzes zumindest so weit eine Korrektur erfährt, dass jedenfalls die Wohn- und die Lebenshaltungskosten der Betroffenen gedeckt sind.

Danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

221,37 Euro. Mit so viel oder, besser gesagt, mit so wenig Geld müssen derzeit zahlreiche Steirer und Steirerinnen im Monat auskommen. Die Thematik ist bekannt: Wenn Arbeitssuchende einen AMS-Termin nicht annehmen oder Jobangebote verweigern, drohen ihnen Kürzungen und Sperren des Arbeitslosengeldes. Bei einer solchen ist früher die Mindestsicherung eingesprungen – das geschieht nun nicht mehr. Zahlreiche veröffentlichte Beispiele von Betroffenen sowie statistische Erhebungen zeigen deutlich, dass beim AMS in letzter Zeit Sperren und Kürzungen häufiger und verschärft zur Anwendung kommen. Verglichen mit dem Vorjahr ist es österreichweit

im ersten Halbjahr 2019 zu einer 17-prozentigen Steigerung der Sanktionen gekommen. Dabei sind die Sperren schon von 2017 auf 2018 sprunghaft von 4.874 auf 6.289 angestiegen. Der Druck auf arbeitssuchende Menschen hat eklatant zugenommen.

Gerade über diesen Druck, welcher Menschen unter das Existenzminimum drängt, gibt es keine validen Erkenntnisse, die positive Auswirkungen auf die Motivation von Erwerbslosen aufzeigen. Das Gegenteil ist der Fall, wie die Caritas Steiermark warnt: Durch solche restriktiven Sanktionen werden Menschen stark in eine Armutsspirale gedrängt, aus welcher sich viele Haushalte nie wieder erholen können, da zumeist keine finanziellen Reserven vorhanden sind.

Mit unserer Meinung, dass eine derartige Vorgehensweise mit totalen Leistungssperren nicht menschenwürdig ist, sind wir nicht allein. So hat der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof am 5. November dieses Jahres ein Urteil über Leistungssperren bei Hartz-IV-EmpfängerInnen bekanntgegeben: Sanktionen bei Arbeitssuchenden, die eine 30-prozentige Kürzung der Leistungen übersteigen, sind ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

Das Land Steiermark soll Menschen, die kaum etwas haben, nicht noch weiter hinuntersanktionieren. Die Sperren des AMS dauern zwischen sechs und acht Wochen. Formale Tücken sind nicht selten der Grund für eine solche Strafe. Wie man mit 221,37 Euro im Monat wohnen und überleben soll, ist schleierhaft. Zumindest sollte so rasch wie möglich von Seiten des Landes Steiermark die Regelung dahingehend geändert werden, dass die Mindestsicherung bei AMS-Sanktionen zumindest die Wohn- und Lebenserhaltungskosten der Betroffenen deckt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt mittels Petition an die Steirische Landesregierung und den Steirischen Landtag heran mit dem Ersuchen, eine Lösung zu finden, damit im

Falle einer AMS-Sperre die Kürzung auf 25 % des Mindestsicherungsrichtsatzes zumindest so weit eine Korrektur erfährt, dass jedenfalls die Wohn- und die Lebenserhaltungskosten der Betroffenen gedeckt sind.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrte Antragstellerin, ich wundere mich immer über eure kreativen Beispiele, aber wahrscheinlich sind sie nicht kreativ, sondern es zeigt nur, in welchen verschiedenen Welten wir leben. Denn in eurer Welt erfahren sehr viele Menschen diese Sperre. In eurer Welt ist so wie beim letzten Stück zum Thema Mindestsicherung die österreichische Durchschnittsfamilie eine Familie mit fünf Kindern. Vater Mindestsicherungsbezieher, Mutter aus psychischen Gründen arbeitsunfähig. Da sieht man, dass ihr in einer anderen Welt lebt als ich und viele von uns. Ich habe beim AMS ein bisschen genauer nachgefragt. Ja, es gibt diese Sperren, aber diese Sperren kommen nur dann zustande, wenn jemand arbeitsunwillig ist oder Vermittlungen ignoriert. Dann wird eine vierwöchige Sperre angedroht, diese aber nicht unbedingt vollzogen, weil man kann gegen jeden Bescheid eine Beschwerde einreichen und dann erklären, warum man nicht gekommen ist. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben. Ich als Unternehmerin habe früher in meiner Putzfirma drei bis vier MitarbeiterInnen eingestellt für einen Putzjob und gemacht habe ich es im Endeffekt selbst, weil die Damen und Herren nicht gekommen sind. So geht es leider vielen Unternehmern, und da muss ich ganz ehrlich sagen, mein Gerechtigkeitsinn sagt da schon, dass man aber auch eine Sperre aussprechen muss, weil das muss man den Leuten einfach dringend abgewöhnen, dass sie so mit unseren Hilfsleistungen umgehen. *(Appl.)*

Diese vierwöchige Sperre wird sozusagen angedroht und wenn man jetzt keinen Einspruch erhebt oder keine Erklärung hat, dann wird sie natürlich auch durchgezogen, es kommt aber äußerst selten vor, dass das auch eintritt. Es gibt auch die Möglichkeit natürlich, wenn man wiederholt Sperren bekommt, dass man noch länger gesperrt wird oder sogar eine Totalsperre, aber das sind wirklich Einzelfälle und das ist für uns

auch die Erklärung, warum dieser Antrag nicht dringlich ist, weil es einfach so selten vorkommt. Es gibt z.B. auch Beispiele, wo ich sagen muss, das ist für uns auch einfach unmöglich. Wenn man sagt, ok, ich bekomme eine Arbeit vermittelt, aber ich mag nicht mit dem Zug nach Gleisdorf fahren. Ich kann nur sagen, ich habe von mir zuhause, ich wohne in Graz, bis in die Heinrichstraße in die Arbeit gleich lange gebraucht wie meine Kollegin aus Weiz und uns beide hat das nicht abgehalten davon, arbeiten zu gehen. Oder das schlimmste Beispiel für mich: Ein Mann sagt, er kann nicht arbeiten, weil seine Frau, er verlangt von ihr, dass sie die Burka tragen muss, deswegen kann sie nicht außer Haus gehen und deswegen muss er die Familie versorgen, er muss alles machen, er kann nicht arbeiten gehen und das ist für mich auch ein Grund für eine Sperre und da sehe ich überhaupt nicht ein, warum da irgendjemand anders dafür einspringen soll, geschweige denn die Rechte dieser Frauen, danke.

Hohensinner:

Danke, Frau Kollegin Schönbacher, ich begrüße die sechste Klasse des Kirchengassen-Gymnasiums auf der Galerie, herzlich willkommen. (*Appl.*)

Ich bitte jetzt Frau Gemeinderätin Wutte um ihr Wort.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Erstmals liebe Elke, vielen Dank für den Antrag, der aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Thema behandelt. Ich arbeite ja selbst bei der Caritas, deswegen bin ich mit dem Themenbereich immer wieder konfrontiert, auch über meine berufliche Tätigkeit. Ich möchte ein paar Worte an die Kollegin Schönbacher richten. Als Allererstes möchte ich

Zwischenruf GRⁱⁿ Schönbacher unverständlich!

Wutte: Du hast dein Statement damit angefangen, dass du irgendwie von eurer Welt und unserer Welt geredet hast. Irgendwie hoffe ich doch trotz allem, dass wir alle in der gleichen Welt leben und uns auch über die gleichen Fakten miteinander unterhalten können. Das fände ich sehr positiv. Was ich irgendwie bei deiner Wortmeldung überhaupt nicht verstanden habe ist, du hast jetzt eigentlich die ganze Zeit nur über AMS-Sperren geredet, aber der Antrag von der Elke wendet sich ja gar nicht gegen AMS-Sperren als solche. Was der Antrag sagt ist, dass eben im Fall einer AMS-Sperre einfach auch der Mindeststandard von Menschen gesichert bleiben muss und ich finde es wirklich erschreckend, dass es jetzt darüber scheinbar keinen Konsens in diesem Raum geben kann. Du hast in deiner Wortmeldung auch gesagt, was dein Gerechtigkeitsinn besagt und ich möchte dazu sagen, was mein Gerechtigkeitsinn besagt. Mein Gerechtigkeitsinn sagt nämlich, dass es ganz klar sein muss, dass in einem der reichsten Ländern der Welt es möglich sein muss, allen Menschen ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen und darum geht es da. Es geht darum, dass die Menschen ihre Miete bezahlen können, dass sich die Menschen Lebensmittel einkaufen können, dass die Menschen das Mindeste in ihrem Leben weiterhin zur Verfügung haben und ich verstehe nicht, wie man das überhaupt so in Frage stellen kann und zur Debatte stellen kann. Danke.

GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ich glaube, ich möchte einmal so damit beginnen, dass ich sage, wir sollten eigentlich damit aufhören, Beschäftigungslose gegen Menschen in Beschäftigung auszuspielen. Ich glaube nicht, dass sich das jeder und jede aussucht, dass die Situation so ist und selbstverständlich trachten wir alle miteinander in einem selbst bestimmten Leben, selbstbestimmt leben zu können und dass Arbeit sinnstiftend ist, ich glaube, da sind wir uns alle einig und das sollte auch so sein und auch gefördert werden und unterstützt werden. Aber es gibt

tatsächlich Situationen, wo Menschen nicht in der Lage sind, vielleicht glücklicherweise sogar nur vorübergehend, nicht in Beschäftigung sein zu können. Das heißt mannigfaltige Gründe, die ich jetzt nicht im Detail erläutern will. Nur letztendlich bin ich da auch dabei, dass der Antrag nur sagt, dass die Lebenserhaltungskosten de facto erhalten bleiben müssen. Auch wenn eine schwierige Situation ist. Aber umgekehrt, zu den sprunghaften Anstiegen möchte ich auch etwas sagen. Natürlich hat sich das insofern geändert und das ist auch nachvollziehbar, denn in der Vergangenheit war es so, dass wenn jemand eine Sanktion erlebt, also das heißt, man hat gewisse ...

Zwischenruf unverständlich.

Ehmann:

So lustig ist das Thema gar nicht, aber du kannst dich dann melden. Wenn jemand eine Sanktion erlebt, dass er dann natürlich davon betroffen ist von einer Bezugskürzung, das ist klar. Das hat auch gewisse Gründe, wir haben es schon erläutert bekommen in vielen Fällen, dass das passiert ist, auch in vielen Fällen verständlich. Aber nur früher war es so, dass man dann zum Sozialamt gegangen ist, beispielsweise, weil es diesen Datenabgleich zwischen Arbeitsmarktservice und Sozialamt in dieser Form nicht gegeben hat und da eine Gesetzeslücke bestanden hat und dort ist es wieder aufgefüllt worden oder ausgeglichen worden und dann, muss man sagen, hat eine Sanktion natürlich keinen Sinn, weil dann ist eine Sanktion keine Sanktion. Daher hat es diesen Lückenschluss gegeben im Gesetz und daher hat es auch diese Anstiege, logischerweise, in diesem Bereich gegeben, weil sich die ja dann ausgewirkt haben. Aber wie gesagt, letztendlich muss man sagen, es soll trotz allem hier ein Mindeststandard gesetzt werden, wo man sagen soll, unter den soll niemand fallen. Denn warum? Wenn ich meine Wohnung nicht erhalten kann, meine Lebensunterhaltskosten nicht erhalten kann, dann brauche ich von Beschäftigung schon lange nicht mehr reden, weil dann habe andere Sorgen im Leben als wie, dass

ich in Beschäftigung komme, weil dann kann ich mein Leben nicht mehr bestreiten. Ich glaube, das macht auch keinen Sinn, da wollen wir auch nicht hin und deswegen werden wir diesem Antrag in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen.

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Elke. Es ist wieder einmal ein Einzelfall, der herausgezogen wird. Ein Einzelfall, der angeführt wird, das uns heute so weisgemacht werden soll, als ob das ständig passiert. Es gibt diesen Einzelfall, da gebe ich dir Recht, aber man muss auch ein wenig hinter die Kulissen blicken, wie kommt es zu so einem Einzelfall? Ist jemand arbeitswillig, ist er nicht arbeitswillig, wie geht es da weiter, bevor es Sanktionen gibt? Wir haben in Österreich, Gott sei Dank, ein so engmaschiges Netz an Sozialleistungen, dass in Wirklichkeit niemand durch den Rost fällt, sofern er nur ein wenig willig ist und ein wenig Arbeitswillen hat. Daher werden wir diesem Einzelfall, an dem das alles aufgehängt ist, nicht zustimmen und auch die Dringlichkeit nicht gewähren und bitte darum, ganz einfach. Einzelfälle nicht als diesen Anlass zu nehmen, um hier dann groß aufzuzeigen. Danke.

Heinrichs:

Danke vielmals für die Diskussion, ich darf gleich von hinten beginnen. Lieber Harry Pogner, das mit den Einzelfällen muss man wirklich zurückweisen, weil ich habe im Antragstext vorgelesen, dass das bei weitem nicht der Fall ist. Was die unterschiedlichen Welten betrifft, die gibt es offensichtlich, und in denen leben nicht nur wir zwei in unterschiedlichen, sondern auch SozialarbeiterInnen in karitativen Einrichtungen, nicht zuletzt in der großen Organisation Caritas, ich sage jetzt in Klammer, es gab einen Presseartikel vom 9. 10., da hat Herr Herbert Beiglböck gesagt, dass Existenzberatung und Lebensmittelausgaben am Limit sind, was die Caritas

betrifft und ihre Arbeit in dieser Hinsicht. Also auch diese Menschen leben offensichtlich in einer Welt der Realität. Ich möchte auch sagen, das ist mir ganz wichtig, dass das, was die Manuela Wutte und auch der Michi Ehmman herausgelesen haben, natürlich stimmt. Es geht ja in diesem Antrag tatsächlich nicht darum, dass man das Regelwerk beim AMS im Großen und Ganzen und in Bausch und Bogen verteufelt. Auch nicht darum, dass man dort Mitarbeitern irgendetwas ankreidet, die haben ja auch ihre Anweisungen. Aber das AMS hat schon Möglichkeiten und wie ich ausgeführt habe, ich will es nicht wiederholen, ist es auch so, dass es heutzutage schneller zu Sanktionierungen und zu Sperrungen kommt und genau das greifen ja auch die SozialarbeiterInnen in den diversen Einrichtungen, wie z.B. bei der Caritas, auf. Die Folgen diesbezüglich sind eklatante: Mietrückstände, Delogierungen, weil es keine Reserven gibt in der Regel, private Verschuldung, Existenzängste, letztlich wieder psychische Krankheiten, ja das ist schon richtig, Problematiken beim Re-integrieren in den Arbeitsmarkt und schließlich auch Armut bei Minderjährigen. Ich will jetzt nicht weiter ausholen, was die Sperren, die Arbeitsvereitelung, Stichwort auch Arbeitsverweigerung, angeht, da muss man sich alle, nicht Einzelfälle, sondern zahlreichen Fällen genau anschauen und möchte schließen mit dem Wort von Michael Landau: „Niemand in Österreich sollte vom letzten sozialen Netz, das wir haben, also der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe, ausgeschlossen sein.“ Ich danke für die Zustimmung aus den entsprechenden Fraktionen, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.53 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

10.2 Umsetzung Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ)

Schönbacher:

In meinem Antrag geht es um das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, das am 1. Juni 2019 von der türkis-blauen Bundesregierung beschlossen wurde. Im Land gibt es noch kein entsprechendes Ausführungsgesetz dafür, was sehr schade ist und sogar fahrlässig ist, weil das Land hat hier die Möglichkeit, zum einen die Sicherung von Mindeststandards zu definieren, zum anderen zur Vermeidung von Härtefällen Möglichkeiten für zusätzliche Sachleistungen in unbegrenzter Höhe zur Verfügung zu stellen, oder auch die Möglichkeit, Alleinerziehenden mehr Geld zukommen zu lassen, aber auch oder auch Menschen mit Behinderung und erhöhtem Pflegebedarf höhere Leistungen ohne Beschränkungen zukommen zu lassen. Das sind Möglichkeiten, die da wären, aber die leider noch nicht ausgeschöpft worden sind. Warum? Weil die verantwortliche Soziallandesrätin Doris Kampus einfach ihrer Verantwortung noch nicht wirklich nachgekommen ist anscheinend, weil es einfach noch keinen Beschluss dazu gibt. Am 1. Jänner sollte das umgesetzt werden und die Menschen, die das Recht auf mehr Geld hätten, hätten dann auch die Möglichkeit, das einzuklagen und ich empfinde das als sehr fahrlässig.

Dieses Gesetz soll eben regeln, dass soziale Notlagen oder Menschen, die in einer sozialen Notlage sind, auch selbst mithelfen müssen. Das heißt, in Form von Arbeitsleistung oder Integrationsleistungen. Hervorheben möchte ich da z.B. Wertekurse, Deutschkurse oder Kulturtechniken. Eine unserer wirklich gut gewachsenen Kulturtechniken ist die Sprache und die deutsche Sprache muss man nicht nur in Kursen lernen, die kann man auch in Gesellschaft lernen, nämlich indem man sich integriert und die deutsche Sprache spricht und das auch wirklich gut trainiert und dann geht das auch schnell, wie man bei manchen Personen gut sehen kann.

Hier müssen Anreize geschaffen werden und einer dieser Anreize ist eben, dass man, wenn jemand dem nicht nachkommt, z.B. wenn er zuwenig Deutsch kann, dass er dann

einfach den Bezug um 300 € gekürzt bekommt. Weil das Leben besteht aus Geben und Nehmen. Wer nicht gibt, der kann auch nicht nehmen, zumindest nicht so viel.

Warum ich immer so auf dieses Ausländerthema zurückkomme, weil wenn ich als Beispiel die Stadt Graz 2018 hernehme, die Mindestbezieher, da handelt es sich um 885 € netto im Monat, zusätzlich kann man noch Förderungen beantragen und man kann auch noch geringfügig arbeiten. Das heißt, im Endeffekt kann man sich da gar nicht so wenig Geld verdienen und manch andere Frauen oft arbeiten Vollzeit und haben auch nicht wirklich mehr. Das darf man einfach nicht fördern, weil wenn wir überlegen, dass wir in Graz 2600 Vollbezieher der Mindestsicherung hatten 2018 und 62 % davon Asylberechtigte sind, das heißt 1700 Drittstaatsangehörige haben voll Mindestsicherung bezogen und 1628 Personen sind asylberechtigt, das heißt, wir haben hier einen Zuzug ins Sozialsystem, das sind Menschen, die unser Sozialsystem leider nicht verstehen, die auch unser Gesundheitssystem leider nicht verstehen und deswegen muss man da einfach Anreize schaffen, dass sie es verstehen müssen. So ist unser Zugang. Ich gehe davon aus, dass alle meinen Motivenbericht gelesen haben, deswegen werde ich hier nicht mehr ins Detail gehen und stelle daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständige Soziallandesrätin Doris Kampus wird am Petitionswege ersucht, fristgerecht die Ausführungsgesetzgebung zur Umsetzung zu bringen, um einem Verfassungsbruch vorzubeugen und die Stadt Graz als Hauptbetroffene zu entlasten. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 1. Juni 2019 ist das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz auf Bundesebene in Kraft getreten, welches durch ein Ausführungsgesetz unter Landeskompentenz bis 1. Jänner 2020 zur Umsetzung gebracht werden muss.

Das Grundsatzgesetz sieht vor:

*die Neugestaltung und bundesweite Harmonisierung der Mindestsicherung,
die stärkere Integration von Beziehern der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt,
die Dämpfung der Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem,
die Verbesserung und Neuausrichtung der Statistik zur Sozialhilfe,
die Schaffung eines Grundsatzgesetzes des Bundes im Bereich des Armenwesens,
die Etablierung von verstärkten Arbeitsanreizen für Sozialhilfebezieher und deren
Qualifizierung,
höhere Restriktionen beim Zugang zur (vollen) Sozialhilfe für Neuzugewanderte,
die Etablierung einer neuen Statistik zur Sozialhilfe auf Einzeldatenbasis.*

*Das Gesetz regelt auch, dass Leistungen der Sozialhilfe nur Personen zu gewähren sind,
die von sozialer Notlage betroffen und bereit sind, sich um die Abwendung, Milderung
oder Überwindung dieser Notlage zu bemühen. Sofern der Bedarf nicht durch eigene
Mittel des Bezugsberechtigten oder durchzustehende und einbringliche Leistungen
Dritter abgedeckt werden kann, sind diese Sozialhilfeleistungen subsidiär zu gewähren.
Diese Leistungen sind von der Bereitschaft zum Einsatz der eigenen Arbeitskraft oder
von aktiven Integrationsleistungen (Integrationsvereinbarung, Wertekurse,
Deutschkurse, Kulturtechniken) abhängig zu machen und als Sachleistungen
vorzusehen, soweit durch diese eine höhere Effizienz der Erfüllung der Leistungsziele zu
erwarten ist. Leistungen für den Wohnbedarf sind, wenn möglich, auch in Form von
Sachleistungen zu gewähren.*

*Gleichzeitig soll durch das Gesetz sichergestellt werden, dass die Sozialhilfe Personen
ohne tatsächlichen Aufenthalt im Bundesgebiet, Asylwerbern, subsidiär
Schutzberechtigten sowie Ausreisepflichtigen nicht gewährt wird. Für Personen aus
Drittstaaten und aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind sie – vorbehaltlich
unionsrechtlicher Besonderheiten – erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt in
Österreich zu gewähren.*

Bis jetzt wurde vom Land Steiermark unter der Zuständigkeit von SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus noch kein entsprechendes Gesetz dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt, was zur Folge hat, dass Graz als größte Gemeinde der Steiermark und auf Grund des enormen Zuzuges Hauptleidtragende der Nichtumsetzung dieses Gesetzes ist.

Im Jahr 2018 betrug in Graz der Ausländeranteil aller Sozialhilfebezieher 54,5 Prozent. Der Asylberechtigtenanteil lag dabei bei 37,4 Prozent. Allein im Dezember des Vorjahres gab es in Graz 2.593 vollunterstützte Bezieher, davon waren 62,8 Prozent Asylberechtigte und nur 31,9 Prozent Österreicher. Asylberechtigte stellen damit den größten Posten.

Die Mindestsicherung stellt in ihrer derzeitigen Form einen Anreiz für Sozialtourismus dar. Die Vorlage des Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes ist daher dringend notwendig, um die Stadt Graz finanziell zu entlasten.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Soziallandesrätin Doris Kampus wird am Petitionswege ersucht, fristgerecht die Ausführungsgesetzgebung zur Umsetzung zu bringen, um einen Verfassungsbruch vorzubeugen und die Stadt Graz als Hauptbetroffene zu entlasten.

StR Hohensinner:

Frau Gemeinderätin Schönbacher, inhaltlich können wir alles nachvollziehen, was du jetzt gesagt hast; was die Dringlichkeit betrifft, können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Inhaltlich stimmt alles, dass eigentlich das Gesetz mit 1. 1. 2020 in Kraft treten müsste, als zuständiger Sozialstadtrat habe ich auch die Befürchtung, dass das einfach dann zu schnell geht und wir sind doch der größte Sozialhilfeverband als Stadt Graz und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialamt haben das dann umzusetzen, zu vollziehen und unser Anspruch ist es ja, dass wir alles dann ordentlich abwickeln, von dem her habe ich auch meine Bedenken. Ich bin auch von der Kronen Zeitung vor ein paar Wochen gefragt worden, warum das noch nicht eingebracht ist. Diese Bedenken sind da, deswegen inhaltlich volle Zustimmung. Warum können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil es gestern oder vorgestern hat es eine Ausschusssitzung im Landtag gegeben, wo gerade dieses Thema lang und breit diskutiert wurde und alle Beteiligten haben auch das Ziel gesetzt, das jetzt ehestmöglich auf Schiene zu bringen, von dem her sehen wir die Dringlichkeit nicht gegeben und können deshalb auch nicht zustimmen.

Ehmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie, liebe Antragstellerin. Leider muss ich sagen, ein wenig beweist es ja wieder, warum ihr das eine oder andere Mal als Ewiggestrige bezeichnet werdet. Eigentlich als Vorgestrige in diesem Fall, weil eben vorgestern eben dieser Sozialausschuss im Land stattgefunden hat, wo bereits der Beschluss gefasst wurde, so schnell als möglich eine Vorlage für den Landtag zu erarbeiten in aller Qualität, in der notwendigen, und nicht nur ausschlaggebend die Quantität. Schließlich geht es um Menschen, um Schicksale, um ordentliche Abwicklung, das ist keine Frage und dass es hier nicht anstehend ist, ein Gesetz zu brechen oder gegen das Gesetz vorzugehen, das ist ja völlig außer Streit, bitte. Es geht

nur darum, das ordentlich abwickeln zu können und das Gesetz entsprechend ordentlich umsetzen zu können und in der notwendigen Qualität. Zu den Zahlen, die du genannt hast, wenn du weitergeschaut hättest bei den Zahlen, dann würdest du merken, dass die Zahlen jährlich sinken. Das ist erfreulich und bei dieser Zahl, die du genannt hast mit 2018, muss ich dir sagen, ich muss es schon für die Zuseherinnen und Zuseher verdeutlichen: jene, die hier als Mindestsicherungsbezieher angegeben wurden als Vollbezieher, wir reden hier nicht einmal von einem Prozent der Bevölkerung in Gesamt-Graz. Nur um die Dimension zu erkennen. Danke.

Schönbacher:

Ich freue mich natürlich, wenn gerade dieses wichtige Anliegen ordnungsgemäß abgewickelt wird und möchte in Richtung SPÖ sagen, wenn ich aus Sorge über ein treffsicheres und funktionierendes Sozialsystem eine ewig vorgestrig sein soll, dann bitte gerne.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

**10.3 Klimaschutz-Check
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem dringlichen Antrag geht es um den Klimaschutz-Check. Graz soll ja Klima-Innovationsstadt werden und wir haben auf Basis der Vorarbeiten des Umweltamtes und anderen Ämtern vor kurzem den „Fachbeirat für Klimaschutz der Stadt Graz“ beschlossen. Wir haben eine Geschäftsordnung für den Fachbeirat beschlossen und wir haben einen Klimaschutzbeauftragten. Einleitend zu dem Stück zur Geschäftsordnung des Fachbeirates wurde auch sehr genau erklärt, wie dringend Maßnahmen gegen den Klimawandel auch auf kommunaler Ebene sind. Seit 2001 ist die Lufttemperatur um durchschnittlich 1,4 Grad Celsius gestiegen ist. Es wurde verwiesen auf die Extremwetterereignisse, es wurde vor allen Dingen hervorgehoben, wie wichtig kontinuierliche Maßnahmen sind, um schnellstens und bestmöglich dem Klimawandel zu begegnen.

Ende September gingen zigtausende Menschen in ganz Österreich im Rahmen des Earth Day auf die Straße, in Graz waren es erfreulicherweise mehr als 8.000 Menschen, ganz, ganz viele Jugendliche und das zeigt uns, wie sehr das Thema Klimawandel mitten in der Bevölkerung angekommen ist. Weil wir einfach schon alle die Folgen zu spüren bekommen. Weil wir die letzte Generation sind, die etwas gegen den Klimawandel unternehmen kann. Ich möchte kurz erinnern, bereits im Jahr 2015, nach vielen Konferenzen vorher, hat in Paris die Weltgemeinschaft sich das Ziel gesetzt, die globale Erwärmung, oder eigentlich muss man schon sagen die globale Erhitzung, deutlich unter 2°C, möglichst bei 1,5°C, zu halten. Die Klimaforschung ist sich einig: der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21 Jahrhunderts.

Erfreulicherweise hat der Nationalrat in einem gemeinsamen Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ, NEOS und JETZT am 26.9.2019 die Bundesregierung mit großer Mehrheit aufgefordert,

- den nationalen Energie- und Klimaplan umgehend in Maßnahmen umzusetzen,
- bei zukünftigen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz feststellen zu lassen und
- die Umsetzung entsprechender Maßnahmen mit den Bundesländern und Gemeinden abzustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entschlossenes Handeln, konsequente Umsetzung von Maßnahmen gegen den Klimawandel auf allen Ebenen bis hinunter in die Städte und Gemeinden ist das Gebot der Stunde.

Wir müssen in Zukunft bei all unseren Entscheidungen genau hinsehen und sie auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin prüfen. Seien es Entscheidungen im Bereich Stadtplanung, verkehrspolitische Entscheidungen oder Investitionsentscheidungen. Dazu brauchen wir auch ein Instrumentarium, um festzustellen, wie sich die Entscheidungen auf unser Klima auswirken und deshalb auch mein dringlicher Antrag zum Klimaschutz-Check.

Namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes und zur Notwendigkeit, die eigenen Entscheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen und zu bewerten.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Klimaschutzbeauftragten der Stadt Graz gemeinsam mit dem Fachbeirat für Klimaschutz und in Kooperation mit den sonstigen relevanten Abteilungen mit der Ausarbeitung eines Instrumentariums für einen Klimaschutz-Check.
3. Um das notwendige rechtliche Rüstzeug für die Umsetzung der Klimaziele von Paris zur Verfügung zu haben, tritt die Stadt Graz auf dem Petitionsweg an den

Landesgesetzgeber in seiner neuen Gesetzgebungsperiode mit dem Ersuchen der Beschlussfassung einer Sammelgesetzesnovelle Klimaschutz heran.

4. Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an den Bundes- und Landesgesetzgeber, alle künftigen Gesetze einem Klimaschutz-Check zu unterziehen sowie die Städte und Gemeinden bei ihren teilweise ambitionierten Maßnahmen bestmöglich zu unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen derart auszugestalten, dass den Städten und Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaschutzziele überhaupt ermöglicht wird.

Ich bitte um Annahme dieses wirklich dringlichen Antrages. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Graz soll Klima-Innovationsstadt werden! Auf Basis der Vorarbeiten durch Abteilungen der Stadt Graz – allen voran das Umweltamt - wurde vor kurzem ein „Fachbeirat für Klimaschutz der Stadt Graz“ eingesetzt. In der vom Gemeinderat beschlossenen Geschäftsordnung des Fachbeirats heißt es einleitend: „Klimawandel findet statt. Die Folgen des Klimawandels sind eine globale Erwärmung der Erdatmosphäre, die auch bereits in Graz messbar ist. Seit 2001 wurde eine Erhöhung der durchschnittlichen Lufttemperatur um 1,4 Grad Celsius verzeichnet. Ebenso steigt die Anzahl der Tropentage und -nächte stetig an. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser oder Trockenperioden können auf diesen Anstieg zurückgeführt werden. Im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Graz und zur Wahrung der Lebensqualität künftiger Generationen sollen kontinuierlich Maßnahmen gesetzt werden, um dem Klimawandel bestmöglich zu begegnen und lokal entgegenzuwirken.“

Ende September gingen zigtausende Menschen in ganz Österreich im Rahmen des Earth Day für das Klima auf die Straße, mehr als 8.000 Menschen nahmen allein bei der Klima-Demo in Graz teil.

Ausgehend von der Fridays for future-Bewegung ist die Sorge um den Klimawandel mitten in der Bevölkerung angekommen, denn wir sind die erste Generation, die die

Folgen zu spüren bekommt – und wir sind die letzte Generation, die noch etwas dagegen unternehmen kann.

Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C, zu halten, um heutigen wie folgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: nur wenn der Pariser Vertrag eingehalten wird, lässt sich der globale Temperaturanstieg begrenzen. Der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts.

Auch der Nationalrat hat den Ernst der Lage erkannt. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ, NEOS und JETZT hat der Nationalrat am 26.9.2019 die Bundesregierung mit großer Mehrheit u.a. dazu aufgefordert,

- den „Climate Emergency“ zu erklären und damit die Eindämmung der Klima- und Umweltkrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen,*
- im Rahmen der Nachbesserung des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NEKP) umgehend Maßnahmen vorzubereiten, welche den Ausstoß von Treibhausgasen ohne Einsatz von risikoreichen Kompensationstechnologien und ohne Ankauf von Emissions-Zertifikaten nachweislich verringern,*
- bei zukünftigen Entscheidungen auch stets die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz feststellen zu lassen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und zu berücksichtigen*
- sowie bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen mit den Bundesländern und Gemeinden zu kooperieren und sich mit diesen abzustimmen.*

Entschlossenes Handeln und die konsequente Umsetzung von Maßnahmen sind auf allen Ebenen notwendig, auch die Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Klimakrise. Auf kommunaler Ebene wird es eminent wichtig sein, genau hinzusehen und die politischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das

Klima hin zu überprüfen. Seien es nun stadtplanerische Entscheidungen, verkehrspolitische Entscheidungen oder Investitionsentscheidungen - künftig soll immer die Frage vorab mitgeprüft werden, wie sich diese auf das Klima auswirken. Dazu braucht es natürlich ein gutes Instrumentarium, um einen solchen Klimaschutz-Check im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsprozessen sinnvoll und praktikabel zu implementieren. Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes und zur Notwendigkeit, die eigenen Entscheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen und zu bewerten.*
- 2. Der Gemeinderat beauftragt den Klimaschutzbeauftragten der Stadt Graz gemeinsam mit dem Fachbeirat für Klimaschutz und in Kooperation mit den sonstigen relevanten Abteilungen mit der Ausarbeitung eines Instrumentariums für einen Klimaschutz-Check.*
- 3. Um das notwendige rechtliche Rüstzeug für die Umsetzung der Klimaziele von Paris zur Verfügung zu haben, tritt die Stadt Graz auf dem Petitionsweg an den Landesgesetzgeber in seiner neuen Gesetzgebungsperiode mit dem Ersuchen der Beschlussfassung einer Sammelgesetzesnovelle Klimaschutz heran.*
- 4. Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an den Bundes- und Landesgesetzgeber, alle künftigen Gesetze einem Klimaschutz-Check zu unterziehen sowie die Städte und Gemeinden bei ihren teilweise ambitionierten Maßnahmen bestmöglich zu unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen derart auszugestalten, dass den Städten und Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaschutzziele überhaupt ermöglicht wird.*

GR DI. **Topf:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Andrea. Es ist aus meiner Sicht besonders erfreulich, und ich persönlich befürworte das ausdrücklich, dass seit der Ankündigung und jetzt konkreten Einrichtung und Beschlussfassung des Fachbeirates für Klimaschutz schon zahlreiche diesbezügliche Initiativen den Weg zu der bei der Stadtbaudirektion hierfür eingerichteten geschäftsführenden Stelle, ich erinnere an die Beschlussfassung im September des heurigen Jahres, und damit zur Behandlung durch den vorgesehenen Fachbereich für Klimaschutz gefunden haben. Dieser als Beratungsgremium eingerichteter Fachbeirat wird sich mit jedem einzelnen dieser Vorschläge auf geeignete Weise befassen. Die Realisierbarkeit, insbesondere die Dringlichkeit bzw. Priorisierung und Beurteilung und sodann seine Vorschläge in Akkordierung mit den dazu bereit gestellten Mitteln der Politik unterbreiten. Aus unserer Sicht, aus Sicht der ÖVP, macht es wenig Sinn, über jeden einzelnen dieser offensichtlich bzw. möglicherweise geeigneten Vorschläge vorher gesondert im Grazer Gemeinderat abzustimmen. Ich erinnere ganz explizit, dass insbesondere auch sozusagen auf Koalitionsebene dieser Punkt ganz klar auf die Agenda genommen wurde und dem Klimaschutz dort eine hohe Priorität eingeräumt wurde. Dieses Leitthema ist übrigens nicht nur auf Stadtebene sehr intensiv andiskutiert und festgehalten und festgeschrieben worden, sondern insbesondere auch auf Landesebene. Gerade heute darf ich daran erinnern an die Pressekonferenz, die auch mit dem Herrn Landeshauptmann durch den Herrn Bürgermeister wahrgenommen wurde, wo unser ambitioniertes Ziel, was die Finanzierung dieses Klimaschutzbereiches betrifft, nämlich die 30 Mio. Euro, so ist mir bekanntgegeben worden, dass auch das Land Steiermark diesen Betrag um 30 Mio. Euro erhöht, sodass wir jetzt einen gefüllten Topf, Entschuldigung, wenn ich das so sage, für diesen Bereich durchaus in Angriff nehmen können. Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht insbesondere nicht gegeben, weil wir uns jetzt wirklich intensiv mit diesem Thema beschäftigen und du hast ja selbst den Entschließungsantrag angeführt, der ja im Nationalrat insbesondere diese Ziele auch schon auf nationaler Ebene intensiv beschäftigt und es auch dazu notwendig ist, die entsprechenden Maßnahmen ganz konkret an diesen Klimaschutz-

Fachbeirat heranzutragen, damit wir dann die einzelnen Maßnahmen, die daraus resultieren, hier vorgeschlagen werden, im Einzelnen im Gemeinderat beschließen und auch auf die Schiene bringen wollen. Die Dringlichkeit ist daher aus unserer Sicht diesmal und heute nicht gegeben.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.05 Uhr).

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. Ich finde es kreativ, dass das Thema jetzt mit dem Klimanotstand mit einem neuen Namen noch einmal Thema wird. Klimaschutz-Check, für uns ist es nicht dringlich. Nicht, weil das Thema Klima natürlich nicht wichtig ist, sondern weil, wie schon von meinem Vorredner gesagt, in der Stadt Graz sehr viele wichtige Programme dazu laufen. Es gibt einmal den Energiemasterplan, da haben wir erst 2018 einen Zwischenbericht gehabt, läuft noch bis 2020. Dann gibt es noch die Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion. Dieses Programm läuft seit heuer noch bis nächstes Jahr. Dann gibt es den Aktionsplan zur Klimawandelanpassung 2018 bis 2022, gerade erst vor einem Jahr beschlossen, die Evaluierung findet 2021 statt. Da waren 9 Ämter beteiligt, da sind 23 konkrete Maßnahmen darin beschrieben, die es umzusetzen gilt und die schon umgesetzt sind. Das heißt, das läuft auch. Gerade, wie wir vom Kollegen Topf gehört haben, ins Leben gerufen, erst Mitte September, also nicht einmal noch zwei Monate alt, der Fachbeirat für Klimaschutz mit einem Klimaschutzbeauftragten. Gerade vorhin hat auch der Klubobmann der Grünen gemeint und davon geredet, dass wir endlich eine Beschleunigung der Dinge brauchen und da halte ich ein solches Instrumentarium, das hier in diesem Antrag gewünscht wird, das vor alle Entscheidungen der Stadt geschaltet werden soll, dafür nicht besonders hilfreich, dass es zu einer Beschleunigung kommt. Bei all den Programmen mit den ganzen konkreten

Maßnahmen, die ich jetzt natürlich nicht alle aufzählen kann, die gerade in der Stadt laufen, mutet mir der Antrag eben sehr populistisch an. Das wird wohl auch dem Wahlkampf geschuldet sein, es wäre aber sehr schön, wenn auch die Grünen in diesem Thema mehr Sachlichkeit an den Tag legen würden und der Bevölkerung wirklich nicht ständig suggerieren würde, es geht jetzt alles bald den Bach hinunter. Bei dieser Angstmacherei werden wir sicher nicht mitmachen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Klimaschutz ist ein Thema, das uns alle berührt, beschäftigt. Immer wieder in verschiedenen Ausschüssen, im Gemeinderat. Es wurden viele Beschlüsse gefasst, einiges wurde schon erwähnt, der Fachbeirat, der Klimaschutzbeauftragte, es wurde auch Geld zur Verfügung gestellt. Der Klimaschutz-Check ist etwas Neues, das du hier heute forderst. Es gibt so einen Klimaschutz-Check auch beim Klimabündnis für Gemeinden, was ich relativ spannend finde, ich weiß nur nicht, ob das jetzt für die Stadt auch passend ist, aber vielleicht kann man sich anlehnen. Nicht zugestimmt, ich bin etwas baff, dem einen stimmt man nicht zu, dem anderen schon, wer tut was? Die ÖVP und die FPÖ haben diesen wirklich tollen Bericht, den wir im Umweltausschuss gehabt haben, also das in den Gemeinderat hereinholen, das hätte ich so für wichtig gehalten, nämlich was muss Graz wie und wann erreichen? Ich glaube, es ist nicht die einfache Kost, das Ziel zu verstehen, Maßnahmen zu finden, damit wir unsere Klimaschutzmaßnahmen in Graz auch in die Wege leiten. Je schneller wir darüber diskutieren und wahrscheinlich je öfter wir uns damit beschäftigen, desto besser versteht man es und deswegen finde ich es schade, dass wir das jetzt nicht im Gemeinderat haben. Liebe Andrea, wir werden dem Antrag zustimmen, aber ich sehe das auch als eine Notsituation zum einen, in deinem Antrag, der ist vielleicht etwas schnell entstanden, zum einen, dass der Bericht vom Wegener Center nicht kommt und zum Zweiten tut es mir sehr leid, dass die Grünen im Nationalrat bei der Klimamilliarde jetzt nicht zugestimmt haben. Auf der einen Seite fordert ihr, auf der

anderen Seite tut ihr nichts und das war gestern. Also das passt jetzt irgendwie nicht, jeder redet vom Klima, aber man weiß nicht vor oder zurück. Das eine, was ich von meiner Fraktion sagen kann, wo wir sehr genau wissen, was zu tun ist, dass wir etwas tun müssen und das Zweite, es wird uns alle verteilungspolitisch treffen, nämlich wer zahlt für den Klimaschutz. Es wird viel kosten und wer trägt diese Lasten? Das möchte ich als Sozialdemokratin intensiv diskutiert haben. Es kann nicht sein, dass die, vielleicht die Großindustrie, sagt, ok, wir zahlen wenig, die Haushalte müssen die Lasten tragen; wir tragen als Haushalte schon sehr, sehr viele Lasten, also hier die Verteilungsfrage ist etwas sehr Wichtiges. Wir werden dem Antrag zustimmen, die Fragestellung finde ich und die Forderung, da ist Kreativitätspotential von deiner Seite drinnen, also ich hoffe, dass die Kreativität in den Antworten dann sich findet, dankeschön.

Pavlovec-Meixner:

Ich hätte mir noch weitere Wortmeldungen gewünscht. Bei den Wortmeldungen, danke Susi, für eure Unterstützung. Ansonsten bin ich fast ein wenig sprachlos, muss ich ehrlich sagen, weil teilweise fand ich die Wortmeldungen einfach lachhaft, um es ganz offen zu sagen. Ich glaube, dass da ein riesiges Missverständnis vorliegt und auf das möchte ich jetzt einfach eingehen. Der Herr Bürgermeister hat heute gesagt, dass erfreulicherweise das Land die Summe von 30 auf 60 Mio. erhöht, die jetzt von unserem Klimaschutzbeirat bewertet und verteilt werden kann. Aber ich habe irgendwie das Gefühl, dass die ÖVP noch immer glaubt, Klimawandel ist technisch lösbar. Es ist aber nur zum Teil so. Wenn ich das richtig verstanden habe, dann meinst du, Georg, dass es jetzt Projekte gibt, die dort eingereicht werden und dass das eine Schiene ist, die völlig losgelöst ist von dem, was die Stadt Graz sonst beschließt. Das ist einfach ein riesiger Denkfehler meiner Meinung nach. Bei allen Beschlüssen für die Stadtplanung, bei der Mobilität, bei den Investitionen, muss immer geschaut werden, wie klimarelevant sie sind und das kann nicht ausgelagert werden auf Projekte von

Organisationen, von Institutionen, von engagierten Menschen, die etwas beim Klimaschutzbeirat einreichen. Weil so wird das wirklich eine Ankündigungspolitik und es wird schwierig werden mit der Klimainnovationsstadt. Ich möchte nur z.B. auf die Bebauungspläne hinweisen, wo es immer so ist, wenn wir wo bauen, dass grundsätzlich zuerst einmal alle Bäume weg sind ...

*Zwischenruf GR **Topf**: Das stimmt ja nicht.*

Pavlovec-Meixner:

... sicher stimmt das, wir haben das erst jetzt wieder gesehen, der Kollege Dreisiebner hat nachverhandelt. Ich habe mir die ganzen Bebauungspläne angeschaut in der letzten Zeit. Wir müssen einfach konsequent und entschlossen handeln, und zwar jetzt, und wir können uns nicht leisten, das auf eine lange Bank zu schieben. Es hilft auch nicht, die Augen zu verschließen und nicht sehen zu wollen, was Sache ist. Zum Beispiel über die Studie über die Treibhausgasemissionen der Stadt Graz, die eben leider nicht zurückgegangen sind und genau deshalb brauchen wir ein Instrumentarium und genau deshalb brauchen wir ein rechtliches Rüstzeug von Land und Bund, um durchstarten zu können. Wir können uns das nicht leisten, weiter zu warten. Wir müssen alle Projekte, alle Beschlüsse, die wir machen, checken. Wir können die Zeit nicht weiter vergehen lassen, sondern wir müssen den Kampf gegen die globale Erwärmung auch bei uns in Graz auf kommunaler Ebene sofort angehen, um ihn zu gewinnen.

Bgm. Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, ich verstehe das, dass das auch für die grüne Fraktion herb ist, wenn jetzt alle Fraktionen sehr intensiv aufzeigen, dass wir für den Klimaschutz gemeinsam auch in den letzten Jahren, eigentlich schon Jahrzehnten, viel getan haben.

Weil wir haben das Stadtentwicklungskonzept gemeinsam entwickelt, aber bei jedem Bebauungsplan einen Klimacheck zu machen, bei jedem Gemeinderatsstück, ich nehme jetzt nur her, was wir heute an Gemeinderatsstücken drauf haben, ein Klimacheck, das kann nicht ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner unverständlich.

Nagl:

Das muss einmal ausgesucht werden. Deswegen haben wir gesagt, dass es wichtig wäre, dass wir jetzt mit unserem Klimaschutzbeauftragten und mit dem Thomas Drage einfach einmal sagen, nicht all das beschließen, was ihr jetzt heute ganz schnell hier zusammenschreibt oder gestern schon zusammengeschrieben habt oder vorgestern, sondern dass man das ganz gezielt macht.

Zwischenruf StRⁱⁿ Schwentner: Klimawandelanpassungsstrategie!

Nagl:

Wir haben so viele Strategien gemacht, wir haben schon so viel gemacht, die tollsten Projekte und damit das heute auch nicht in die falsche Kehle kommt, wir haben einmal diesen Klimatopf mit 30 Mio. Euro gefüllt und es wird die Stadt Graz ziemlich klar die Strategie entwickeln, wie Private, wie Unternehmungen, wie wir selbst diese Gelder ausgeben werden. Das wird gerade aufbereitet. Wir haben gemeinsam diese Strategie beschlossen, wir haben den Herrn Drage ausgesucht, wir haben den Beirat eingesetzt, das erste Treffen findet statt und ich habe heute die Freude gehabt, es war der Wunsch der Fridays for future, es war der Wunsch der Kinder, die gesagt haben, es muss etwas weitergehen. Ich habe heute gesagt bei der Pressekonferenz, ich sage es

hier noch einmal, es geht nicht mehr um Friday for future, es geht Every day for future und dazu braucht es Klimaschutz ist Chefsache. Das haben die jungen Menschen von uns gefordert, ich habe es übernommen. Ich habe gesagt, wir machen Klimainnovationsstadt und keinen Notstand. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, Klimaschutz ist ab sofort Chefsache. Die neue Bundesregierung wird das zur Chefsache erklären, da bin ich mir ganz sicher und dafür braucht man Geld und die 30 Mio., die der Herr Landeshauptmann uns für die nächsten 10 Jahre aus Bedarfszuweisungsmitteln jährlich mit 3 Mio. heute fix zugesagt hat, das wird als Vorwegabzug bei den Bedarfszuweisungen von 12 auf 14 % erhöht werden, das eröffnet uns die Möglichkeit, dass wir nicht nur 30, sondern 60 Mio. haben. Damit wir auch nicht Gefahr laufen, dass es wieder heißt, jetzt habt ihr nur Geld, was habt ihr vor? Tut ihr nur Bäume pflanzen? Haben wir heute schon gesagt, dass unsere 37 Schulen, die wir schon gecheckt haben, ausgebaut werden. Da ist Straßgang dabei, St. Veit dabei, St. Peter dabei. Das Stukitzbad, Straßgang, Feuerwache Lendplatz, mit 12.500 m² Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Es ist dabei 4 Mio. für die Überprüfung der Objekte, auch von Grazer Projekten, für Fassadenbegrünung und Dachbegrünung. Es ist der Ankauf dabei der 15 neuen längeren Straßenbahnen, wir haben ja 85 und wir wollen 100 bekommen. Das ist wichtig, da wissen wir, dass wir die Co-Finanzierung aus dem Topf nehmen dürfen. Es ist dabei, dass wir 14 neue Busse brauchen für die Linie West, aber die Busse haben wir noch nicht angeschafft, 6 Mio. werden die Busse kosten, das kann man aus dem Land mitfinanzieren. Wir wollen die TIM-Standorte, schon gecheckt, verdoppeln und das hieße, wenn wir das tun, wird es mit einem Umrechnungsfaktor, weil wenn einer sein Auto verkauft, dann kann er sich beim TIM-Knoten eines ausborgen. Da wissen wir jetzt schon, wenn wir es verdoppeln, werden ja in etwa 3.000 Autos in Graz nicht mehr haben, weil Menschen darauf verzichten, wir werden etwas tun für die neuen Umwelttechnologien, wir haben ein Klärschlammprojekt, weil da gibt es ein Gas, das werden jetzt verstromen, wenn ich so sagen darf, dann ist unsere Kläranlage von Graz zu 85 % schon energieautark. Wir werden in jedem Bezirk Lastenräder haben, wir haben das heute alles vorgestellt, das sind alles Projekte, die wir sofort umsetzen können, dass wir das checken werden, ja,

aber nicht wir alleine, sondern mit dem von uns schon beschlossenen Klimaschutzbeirat. Das möchte ich heute noch einmal betonen. *(tosender Appl.)*

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Weil ich mehrmals angesprochen wurde, würde ich wirklich gerne ergänzen. Ich begrüße natürlich, dass es noch mehr Geld gibt für Klimaschutzmaßnahmen und auch Klimawandelanpassung, aber was schon fehlt, ist das eine, nämlich der Plan. Wir wissen, dass es Millionen über Millionen gibt und es gibt auch Vorhaben...

Zwischenruf unverständlich.

Schwentner:

Nein, den haben sie nicht, leider. Sie haben viel Geld in die Hand genommen, das ist wirklich gut, es ist gut, dass viel Geld da ist, das eine ist dieser Kataster der Schulen, das ist schon vor Jahren erstellt worden, es ist gut, wenn man das alles angeht. Ich wollte nur etwas sagen zur Sachlichkeit, weil die Kollegin gemeint hat, wir Grünen wären nicht sachlich. Jetzt auch im Hinblick auf die Kollegin Pavlovec-Meixner, ich vermisse Ihre Sachlichkeit, weil was gibt es Sachlicheres als die Wegener-Studie, die wir letzte Woche im Umweltausschuss hatten. Die Studie des Wegener Institutes mit Fakten und Zahlen für die Stadt Graz, nämlich die Klimabilanz und die Treibhausgase und Sie waren nicht in der Lage, sie war nicht in der Lage, diesen Bericht und auch den Bericht des Kollegen Steininger, der da selbst anwesend war, zur Kenntnis zu nehmen. Ich finde das wirklich problematisch, dass sie Zahlen nicht zur Kenntnis nehmen können, die die Basis für jedes Handeln sind, was wir weiter tun im Klimaschutz. Danke, bin schon fertig.

Nagl:

Ich würde Folgendes vorschlagen. Wir sollten alle daraus lernen, auch diese Masterarbeit, die dort gemacht wurde, ist noch kein Werk von vielen Professoren, deswegen haben wir ja den Beirat, ich will es auch nicht kritisieren, weil ich nicht Zeit hatte, da dabei zu sein, aber es ist eine Masterstudie von einem Studenten, die vorgestellt worden ist.

*Zwischenruf **Schwentner**: Vom Herrn Steininger!*

Nagl: Ja, aber es hat 70 Seiten und wir werden das behandeln, so wie wir es ausgemacht haben und die Zeit brauchen wir und das ist eigentlich jetzt eigenartig, dass das jetzt plötzlich kommt, weil wir haben ausgemacht, dass wir das im Dezember beschließen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Neos und Grüne) abgelehnt.

**10.4 Graz – Stadt der Kinder
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Wutte:

Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Nach der hitzigen Debatte und zu später Stunde noch einmal ein ganz anderes Thema, was ich aber glaube, dass es uns allen eigentlich ein großes Anliegen ist. Wir feiern jetzt bald den Welttag Kinderrechte, am 20.11., und noch dazu haben wir dieses Jahr das Jubiläum, dass die Kinderrechtskonvention vor 30 Jahren verabschiedet wurde. Es ist unbestritten, dass es ganz viele Fortschritte im Bereich der Kinderrechte gab.

Österreich ist ja in mancher Hinsicht sogar Vorreiter gewesen. Wir waren z.B. weltweit das vierte Land, das Gewalt in der Erziehung verboten hat und wir wissen auch, dass der Stadt Graz Kinderfreundlichkeit mit Sicherheit ein großes Anliegen ist. Es gibt auch einen Zertifizierungsprozess dafür, dass Graz eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde wird, alles sehr, sehr positiv. Aber eben anlässlich der Kinderrechtewoche möchte ich mit diesem dringlichen Antrag einfach ein paar Themen anregen, die man auf kommunaler Ebene einfach sehr gut umsetzen könnte und die aus meiner Sicht die Kinderfreundlichkeit in der Stadt deutlich verbessern würden und das sollte uns allen wichtig sein.

Das eine, was sich auch in diesem Prozess in Richtung kinder- und familienfreundliche Gemeinde abzeichnet, was nämlich ganz stark von den Bezirksvorstehern als Rückmeldung kommt, aber auch aus meinem Umfeld und, ich glaube, aus dem Umfeld von ganz vielen von euch, ist eben, dass die Verkehrssituation eine ganz große Hürde ist, wenn man eine kinderfreundliche Stadt haben möchte. Solange nämlich Eltern den Eindruck haben, dass ihre Kinder sich nicht eigenständig und gefahrlos in der Stadt bewegen können, eben weil die Straßen zu sehr befahren sind, weil es keine sicheren Überquerungsmöglichkeiten gibt usw., wird der Prozess weiter voranschreiten, den ExpertInnen als Verinselung der Kindheit bezeichnen. Verinselung heißt, dass sich Kinder einfach zunehmend in Innenräumen aufhalten und an einem Ort, z.B. Sportverein sind, von den Eltern hingbracht werden, von den Eltern abgeholt werden,

dann zu Hause sind und quasi sozusagen mit dem Auto von einer Insel zur anderen gebracht werden und sich sehr wenig eigenständig durch die Stadt bewegen und wenig zwischen diesen Inseln Orte vorfinden, die für sie ansprechend und kinderfreundlich gestaltet werden.

Was kann man tun, um dem auf kommunaler Ebene ein wenig entgegenzuwirken? Ich glaube, das eine ist, dass man sich von dem verabschieden muss zu glauben, dass Kinder nur auf Spielplätzen spielen wollen, oder dass es eben nur diese speziellen Orte für Kinder gibt, an denen sie sein sollen, Spielplätze, sondern eigentlich ist es so, dass Kinder sich ganz viele unterschiedliche Orte im öffentlichen Raum aneignen wollen würden, wenn es die Möglichkeit gibt. Voll super, dass es in Graz viele Spielplätze gibt, das ist unbestritten und es gibt auch ganz tolle, aber man könnte einfach auch Plätze, Fußgängerzonen etc. sehr leicht so gestalten, dass sie auch für Kinder für Bewegungs- und Spielflächen werden. Das kann man z.B. durch Wasserspiele erreichen, durch mehr Bänke, Sitzmöglichkeiten schaffen, Klettermöglichkeiten, Bodenbemalungen, das sind teilweise ganz einfache Sachen und wenn man Kinder mehr in die Gestaltung von solchen Orten durch Beteiligungsprozesse einbindet, können sie diese Wünsche auch äußern. Ich möchte kurz zwei aktuelle Beispiele aus der Grazer Innenstadt nennen, wo das eben aus meiner Sicht nicht so ganz optimal gelungen ist oder wo es zumindest Luft nach oben gibt. Das eine wäre die Umgestaltung der Fußgängerzonen, nördliche Schmiedgasse, Landhausgasse, wo Kinder, so glaube ich, ein paar klasse Sachen hätten einbringen können, wenn sie gefragt worden wären und das andere ist der Kapistran-Pieller-Platz, bei der Hauptbrücke, wo es ja den Spielplatz gibt, der auch seit Jahren darauf wartet, aus dem Dornröschenschlaf geküsst zu werden und erneuert zu werden und auch da könnte man Kinder super einbinden.

Wenn wir jetzt über die Verinselung noch einmal nachdenken, wie könnte man Kinder sozusagen ermutigen und ermächtigen, dass sie sich wieder stärker eigenständig in der Stadt bewegen. Etwas was in Heidelberg, in einigen Stadtteilen umgesetzt wurde und auch vom Grazer Kinderbüro immer wieder angeregt wird, ist die Idee eines Kinderwegenetzes. Das heißt, man schaut sich in einem Stadtteil die wichtigsten Orte für Kinder an, Wohnraum, Schule, Freizeiträume, Grünraum, also die Orte, wo Kinder

einfach am häufigsten sind und überlegt sich, wie kann ich die durch ein durchgängiges Netz von Wegen für Kinder verbinden. Das sind dann verkehrsberuhigte Zonen, aber auch sichere Überquerungsmöglichkeiten über größere Straßen und so. Das muss dann aber auch z.B. gut mit Inlineskates oder Rollern, oder einfach Gefährten, mit denen Kinder unterwegs sind, befahrbar sein. Es muss auch so beschildert sein, dass es für Kinder gut erkenntlich ist usw. Das hat auch alles mit den Kinderrechten zu tun, ich habe es im Antrag noch einmal ausgeführt, welche Kinderrechte dadurch genau berührt werden.

Anlässlich des 30-ig jährigen Bestehens der Kinderrechte würde es mich sehr freuen, wenn wir diesen Dringlichen beschließen könnten, weil ich glaube, dass unsere Stadt kinderfreundlicher wird, das ist ein gemeinsames Anliegen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Bürgermeister Siegfried Nagl als für Stadtplanung zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung des Stadtplanungsamts, des Referates für BürgerInnenbeteiligung, des Amtes für Jugend und Familie und externer ExpertInnen (beispielsweise Kinderbüro, Fratz Graz etc.) ein Konzept auszuarbeiten, wie Kinder und Jugendliche in Zukunft verstärkt in die Gestaltung der für sie relevanten öffentlichen Räume (insbesondere Plätze, Fußgängerzonen und Parks) eingebunden werden können. Dieses ist dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im Februar 2020 vorzulegen.
- 2.) Stadträtin Elke Kahr als für den Verkehr zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, die Umsetzung eines Pilotprojekts für ein Kinderwegenetz in einem Grazer Bezirk zu prüfen.

Ich hoffe auf Zustimmung. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Rund um den Welttag der Kinderrechte am 20.11. findet in der Steiermark die Kinder- und Jugendrechtewoche statt. Dieses Jahr feiern wir im Zuge der Kinder- und Jugendrechtewoche sogar ein besonderes Jubiläum: Vor genau dreißig Jahren wurde am 20.11.1989 die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet.

Seitdem wurden sowohl auf Bundes-, Landes- als auch auf kommunaler Ebene beeindruckende Fortschritte in der Sicherung dieser Rechte erzielt. So hat Österreich als weltweit viertes Land 1989 Gewalt in der Erziehung verboten. Auch in Bereichen wie der Inklusion von Kindern mit Behinderung oder dem Recht auf freie Meinungsäußerung von Kindern und Jugendlichen wurden in den letzten Jahrzehnten bedeutende Fortschritte erzielt.

Dass der Stadt Graz Kinderfreundlichkeit ein großes Anliegen ist, spiegelt sich nicht zuletzt im Audit-Prozess für die Zertifizierung als kinder- und familienfreundliche Gemeinde wider. Im Zuge dieses Audit-Prozesses werden unter Einbindung verschiedener ExpertInnen, aber auch des Kinderparlaments und anderer Grazer Kinder Empfehlungen für eine Verbesserung der Kinderfreundlichkeit erarbeitet.

Folgendes zeichnet sich in dem Prozess, beispielsweise aus den Rückmeldungen der Bezirksvorsteher, jetzt schon ab: Die Verkehrssituation wird als große Hürde für eine kinderfreundlichere Stadt wahrgenommen. Solange Eltern den Eindruck haben, dass ihre Kinder sich nicht gefahrlos im Stadtraum bewegen können, wird ein Prozess, der von ExpertInnen als „Verinselung“ der Kindheit bezeichnet wird, weiter voranschreiten: Kindheit findet insbesondere in den Städten zunehmend in geschlossenen Räumen statt, Kinder bewegen sich nicht mehr eigenständig durch ihr Umfeld, sondern werden von Eltern und anderen Bezugspersonen oftmals mit dem Auto von „Insel“ zu „Insel“ geführt.

Was kann getan werden, um dieser Verinselung der Kindheit entgegenzuwirken? Zum einen sollten wir von der Vorstellung abrücken, dass Kinder nur an speziellen, ihnen zur Verfügung gestellten Orten im öffentlichen Raum (Spielplätzen) spielen wollen. Das breit gefächerte Angebot an Grazer Spielplätzen ist zwar grundsätzlich sehr erfreulich. Kinder können und wollen aber eine Vielzahl öffentlicher Orte nutzen, wenn

es dort den nötigen Raum gibt und Kinder in der Planung dieser Orte entsprechend mitgedacht werden. Dafür braucht es oftmals nicht viel: durch Wasserspiele, Bänke, die auch beklettert werden können oder Bodenbemalungen kann ein Platz für Kinder und Erwachsene gleichermaßen ansprechend gestaltet werden. Durch Beteiligungsprozesse können die Bedürfnisse von Kindern in die Planung einfließen.

Zwei aktuelle Beispiele aus der Grazer Innenstadt zeigen, dass es in der kinderfreundlichen Gestaltung des öffentlichen Raums durchaus Luft nach oben gibt: In die Umgestaltung der Fußgängerzone nördliche Schmiedgasse/Landhausgasse hätten Kindern sicher großartige Ideen eingebracht, wenn sie gefragt worden wären. Der Kapistran-Pieller-Platz, einer der wenigen Spielplätze in Innenstadtnähe, soll schon seit Jahren neu gestaltet werden. Auch hier wurde bisher keine Beteiligung von Kindern angedacht.

Zum anderen können wir dem Phänomen der Verinselung entgegenwirken, indem wir Kinder dabei unterstützen, sich wieder stärker eigenständig im Stadtraum zu bewegen. Ganz konkret kann das durch ein Kinderwegenetz erreicht werden, wie es in Heidelberg in mehreren Stadtteilen umgesetzt wurde und beispielsweise auch vom Grazer Kinderbüro empfohlen wird. Dafür werden die wichtigsten Orte für Kinder innerhalb eines Stadtteils (Wohnraum, Schule, Nahversorgung, Freizeiträume, Grünraum) durch ein durchgängiges Netz von verkehrsberuhigten Zonen und sicheren Überquerungsmöglichkeiten von stark befahrenen Straßen verbunden. Das Kinderwegenetz sollte mit Scootern oder Inlineskates befahrbar sein und kindergerecht gekennzeichnet und beschildert werden.

Abschließend möchte ich nochmals den Bogen zurück zum 30-jährigen Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention spannen. Die Forderungen nach einer besseren Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Forderung nach einem Kinderwegenetz betreffen die Artikel 12 (Recht auf Beteiligung), Artikel 31 (Recht auf Kultur, Spiel und Freizeit), aber auch Artikel 24 (Recht auf Gesundheit) der Kinderrechtskonvention. Lassen Sie uns anlässlich des 30-jährigen Bestehens als Stadt einen weiteren Schritt in Richtung einer bestmöglichen

Gewährleistung dieser grundlegende Kinderrechte setzen. Machen wir Graz zu einer Stadt der Kinder.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Bürgermeister Siegfried Nagl als für Stadtplanung zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung des Stadtplanungsamts, des Referates für BürgerInnenbeteiligung, des Amts für Jugend und Familie und externer ExpertInnen (beispielsweise Kinderbüro, Fratz Graz etc.) ein Konzept auszuarbeiten, wie Kinder und Jugendliche in Zukunft verstärkt in die Gestaltung der für sie relevanten öffentlichen Räume (insbesondere Plätze, Fußgängerzonen und Parks) eingebunden werden können. Dieses ist dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im Februar 2020 vorzulegen.*
- 2.) Stadträtin Elke Kahr als für den Verkehr zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, die Umsetzung eines Pilotprojekts für ein Kinderwegenetz in einem Grazer Bezirk zu prüfen.*

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber liebe junge Leute auf der Galerie. Graz muss nicht erst familienfreundliche Gemeinde werden, wir sind es bereits. Vor drei Jahren durfte der Herr Bürgermeister von der damaligen Familienministerin das Zertifikat in Empfang nehmen und Tafeln montieren bei den Stadteinfahrten, dass wir als Stadt Graz die größte familienfreundliche Gemeinde Österreichs sind. Dem ist viel Arbeit und ein langer Prozess vorausgegangen. (*Appl.*) Wir ruhen uns aber nicht auf den Lorbeeren aus, Familienfreundlichkeit, Kinderfreundlichkeit ist ein Dauerauftrag, deshalb stellen wir uns jetzt als Stadt Graz der Re-Zertifizierung als familienfreundliche Gemeinde und bewerben uns zusätzlich als erste Landeshauptstadt Österreichs um das Zertifikat Child

friendly City, kinderfreundliche Stadt, der UNESCO. Liebe Frau Kollegin Wutte, ich schätze dich sehr als junge Mutter, engagierte Kämpferin für ein gutes Leben für Kinder und Familien, kürzlich wieder für die Wohnstraßen, wunderbar. Nur dein dringlicher Antrag ist bei Gott nicht dringlich. Du brauchst auf den kinderfreundlichen Zug nicht aufzuspringen, liebe Frau Kollegin du bist an Bord. Am 12. 9. hatten wir im Amt für Jugend und Familie ein wunderbares Treffen der Steuergruppe für das neue Zertifikat, wo du dabei warst. Du kannst dort an Bord alles einbringen, was dir wichtig ist, es liegt mir auch eine Stellungnahme vor des Stadtplanungsamtes. Natürlich sind alle deine Anliegen bereits auf der Agenda, die haben wir schon auf der Speisekarte und bemühen uns, das bestmöglich umzusetzen. Nächsten Montag hast du die nächste Gelegenheit, da gibt es einen zweistündigen Workshop, wir gehen natürlich auch hinaus in die Sozialräume, natürlich ist das Kinderparlament eingebunden und Jugendliche kommen laufend ins Rathaus auf Einladung vom Herrn Bürgermeister. Die dritten Klassen der Volksschulen, die fragen wir schon, was sie sich wünschen von der Stadt Graz. Nicht auf den fahrenden Zug aufspringen, sondern mitarbeiten, alle Ideen einbringen, wir werden weiterhin den Ehrgeiz haben, die Kinder- und Familienfreundlichkeit noch weiter auszubauen. Jede Woche kommen dritte Klassen der Volksschulen ins Rathaus und der Herr Bürgermeister diskutiert mit ihnen über ihre Anliegen. Gestern durfte ich ihn vertreten und durfte ein Packerl an Anregungen dem Herrn Bürgermeister überreichen. Sie wollen weniger Plastik, mehr Spielplätze, mehr Bäume, im Übrigen auf Anregung des Kinderparlaments wird jetzt für jedes neu geborene Kind ein Baum gepflanzt, aber so unzufrieden sind sie nicht. Ein Kind schreibt: „Lieber Herr Bürgermeister, ich finde es so gut, wie du Graz behandelst“, Gratulation, weiter auf dem kinderfreundlichen Weg. Der Zug ist unterwegs, du bist an Bord.

GR DI. Sickl:

Das ist ein wichtiges Anliegen und wie die Sissi ausgeführt hat, sind wir da am richtigen Weg. Ich möchte aber auf etwas anderes eingehen und zwar, du sprichst von Inseln

und das sehe ich auch so. Auch als Vater von drei Kindern sehe ich, dass Inseln da sind und dass die Kinder wirklich von der Schule zum Wohnort, zum Spielplatz, zum Fußballtraining mit dem Auto gebracht werden. Ich möchte das aber von einer anderen Seite aufziehen. Ich habe da eigentlich das Problem mit den Satelliten-Eltern. Man sollte vielmehr die Eltern dazu ermutigen, die Kinder zu mehr Selbstverantwortung zu erziehen. Es ist notwendig, dass die Kinder eben diese Wege selbst gehen müssen, dass die Kinder selbst Verantwortung übernehmen, den Verkehr auch als Gefahr sehen und das lernen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt und ich rede hier aus eigener Erfahrung. Meine Kinder fahren alle seit dem Kindergartenalter mit dem Rad überall hin und die können das. Deshalb sind sie auch, wie leider rund 70 % der Grazer Kinder, die bei der Fahrradprüfung durchgefallen sind, nicht durchgefallen. Da würde ich es eher anders ansetzen und die Eltern in die Verantwortung nehmen und diese Helikopter- und Satelliten-Eltern einmal in die Pflicht nehmen und ihren Kindern Selbstverantwortung übertragen. Aber das Anliegen selbst ist gut. Danke.

Wutte:

Es zeichnet sich ab, dass es keine Dringlichkeit zu meinem Antrag gibt, was ich ein bisschen schade finde. Ich freue mich aber, dass es grundsätzlich sozusagen Wohlwollen gegenüber dem Ansinnen gibt. Zur Sissi möchte ich sagen, ja, du weißt eh, dass ich mich in diesen Prozess sehr stark einbringe und durchaus auch gerne und mit Begeisterung alle meine Ideen und Anliegen einbringe. Das spricht aber trotzdem nicht dagegen, diesen Antrag als dringlich zu sehen und zumindest Teile davon zu beschließen. Du bist inhaltlich eingegangen auf diesen Aspekt der Stadtplanung und wenn da das auf Schiene ist und mehr Beteiligungsprozesse initiiert werden sollen, ist das super. Ich werde das mitverfolgen und genau beobachten, was dann kommt und freue mich natürlich, wenn das eh passiert. Nur eben, wieso man dann dieses Pilotprojekt mit dem Kinderwegenetz nicht zumindest einmal als Konzept ausarbeiten möchte, habe ich aus deiner Antwort nicht gehört. Da möchte ich auf dich jetzt auch

noch inhaltlich eingehen. Es ist eh beides, ich sehe das eh auch so, dass Eltern ihren Kindern mehr zutrauen müssen, aber es braucht schon auch dieses Kinderwegenetz. Ich spreche jetzt aus meiner ganz persönlichen Situation als Bewohnerin in Gries mit zwei kleinen Kindern, der Große fährt auch mit dem Rad, aber ganz ehrlich, so wie die Verkehrssituation rund um uns herum ist, es gibt da keine Radwege, die Gehsteige sind unglaublich schmal, extrem in unserem Bezirk, wo wir leben, verstehe ich es echt, dass viele Eltern sich nicht trauen, ihre Kinder da irgendwie eigenständig mit dem Rad unterwegs zu sein. Ich werde das mit meinen Kindern machen, ich bin da megakonsequent, weil es für mich keine Option ist, meine Kinder durch die Stadt zu führen, aber es ist wirklich nicht nur die Paranoia der Eltern. Es muss da teilweise einfach an dem Angebot, an der Aufteilung des öffentlichen Raumes etwas geändert werden. Es ist auch das und in meiner persönlichen Erfahrung, es ist ganz massiv in unserem Umfeld. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17:40 Uhr).

**10.5 Fußballstadien für Sturm und GAK - Machbarkeitsstudie
(GR Ehmann, SPÖ)**

Ehmann:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen auf der Galerie.

Seit einigen Monaten spielt auch der GAK wieder in der zweithöchsten Spielklasse und hier tut sich sehr viel. Natürlich auch viel an Diskussion, was Heimstätten oder überhaupt die Sportstätten an und für sich betrifft. Kurt Hohensinner hat es heute schon sehr schön ausgeführt in der Sportstrategie 2030, wo es ja um Wertschöpfung, um Identität und die wachsende Stadt, um weitere mögliche Sportstätten geht, etc. Ich habe ursprünglich zum Anlass genommen, seinerzeit einen Zeitungsartikel aus der Kleinen Zeitung, wo quasi kurz die Stadiondebatte aufgeflammt ist und dann relativ lapidar vom Tisch gewischt wurde. Dem wollte ich nicht so zustimmen. Mein Ansatz war hier, schauen wir uns das einmal an, was das bringt. Das heißt, letztendlich eine seriöse Bewertung der Fakten, die da sind und wo auch beispielsweise Sturm Graz hier Überlegungen angestellt hat, wie kann man hier Geld einbringen. Das heißt, es geht ja nicht letztendlich darum, dass die Stadt einem Profiverein ein Stadion schenkt, sondern letztendlich geht es darum, dass ein Profiverein das Stadion in Besitz der Stadt pachtet, dass muss man auch einmal sagen, das ist in der Debatte das eine oder andere Mal untergegangen. Es ist immer so rüber gekommen, als geht es hier um eine Schenkung. Nein, darum geht es nicht, es geht um einen Pachtanspruch mit Investitionen auch seitens des Vereins. Sturm Graz hat ja vor kurzem auch eine Wertschöpfungsstudie verabschiedet und präsentiert in der Öffentlichkeit, über 300 Beschäftigte mittelbar und unmittelbar, also ein durchaus mittelständisches Unternehmen, wenn man es so will ...

Zwischenruf GR Mag. Egger: Großunternehmen.

Ehmann: Oder Großunternehmen schon, danke für den Hinweis vom Wirtschaftsbund, also ich hoffe, dass hier eine große Zustimmung kommt, aber letztendlich geht es um die Versachlichung der Debatte. Natürlich hat das zu Emotionen geführt, gar keine Frage, auf der einen und auf der anderen Seite und uns geht es letztendlich darum, das zu prüfen im sportlichen Sinne als auch im ökonomischen Sinne, macht es Sinn, mittel- bis langfristig einer derartigen Stadionlösung näherzutreten? Sei es auf der einen Seite im Thema Verpachtung, auf der anderen Seite im Bau eines Stadions. Ich glaube, dass das durchaus eine seröse Debatte verdient. Ich habe gesehen, dass zu unserem dringlichen Antrag jetzt ein Abänderungsantrag gestellt wird seitens der ÖVP, wo es darum geht, es dem Stadtrechnungshof zu übertragen diese Prüfung und der Stadtrechnungshof eine Vorprüfung hier vornimmt und dann in weitere Folge, sollte diese positiv ausgehen, dass es dann eben in eine Machbarkeitsstudie geht. Ja, soll so sein, da habe ich keine Befindlichkeiten, das sage ich ganz ehrlich. Warum, weil es mir letztendlich um die Sache geht. Wenn wir da einen Schritt weiterkommen und hier Fakten, Daten, Zahlen schaffen können und dann in weiterer Folge wirklich mit der größtmöglichen Einbindung, sei es bei den FHs, sei es bei den Universitäten, sprich auch bei den Sportvereinen selbst, aber auch bei der Expertise der Stadt usw., also wirklich hier eine große Einbindung aller Expertinnen und Experten in diesem Bereich, um eben festzustellen mittel- bis langfristig, ist so etwas möglich, ist so etwas denkbar, oder eben nicht, das kann natürlich auch herauskommen, das ist auch keine Frage. Aber ich glaube, das ist die tatsächliche Intention des dringlichen Antrages, den ganzen Motiventext erspare ich mir jetzt und deshalb werde ich jetzt hier verkürzt den Antrag verlesen.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Beteiligungsreferent Dr. Günter Riegler und Sportstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit unter Einbindung von Sturm und GAK sowie des Landes Steiermark und mit Mitwirkung der in Graz ansässigen universitären

Einrichtungen und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht eine Machbarkeitsstudie für eine Zwei-Stadien-Lösung für Sturm und GAK durch die Stadt Graz in Auftrag gegeben werden kann. Dem Gemeinderat ist bis Jänner ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Ich bitte, in die Debatte einzusteigen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit einigen Monaten, speziell aber seit dem Zeitpunkt, als der Aufstieg des GAK in die zweithöchste österreichische Spielklasse fix war, wird die Frage der Heimstätten der beiden großen Grazer Fußballklubs intensiv diskutiert. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das „eigene“ Fußballstadion nicht nur in Hinblick auf Heimrecht und Heimstärke von Bedeutung ist, sondern Vereine über Stadien üblicherweise auch dringend erforderliche zusätzliche Einnahmen lukrieren können, vom Ausschank über Branding und Werberechte bis hin zu Vermietungen an spielfreien Tagen. Und das sind Einnahmen, die unerlässlich sind, um national wie international konkurrenzfähig zu sein, ohne sich in die völlige Abhängigkeit eines Investors zu begeben.

Nun steht wohl außer Streit, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, Profivereinen aus Steuermitteln eine Infrastruktur ausschließlich zu deren eigener Nutzung und Vermarktung zur Verfügung zu stellen. Was aber sehr wohl Sinn macht ist, unvoreingenommen und seriös zu prüfen, inwieweit eine solche Zwei-Stadien-Lösung in Graz machbar, zweckmäßig, sinnhaft und mittel- und langfristig wirtschaftlich wäre, sowohl aus der Perspektive von Sturm und GAK wie auch aus jener der Stadt Graz. Denn selbstverständlich bringen große Sportveranstaltungen der öffentlichen Hand auch Einnahmen, selbstverständlich werden über diese Vereine direkt und indirekt

Arbeitsplätze gesichert, und selbstverständlich tragen sportliche Erfolge auch auf internationaler Ebene zur Bekanntheit einer Stadt bzw. einer ganzen Region bei. Ein sehr gewichtiges weiteres Argument für eine solche Machbarkeitsstudie ist, dass dem Vernehmen nach bereits sehr detaillierte Überlegungen seitens des SK Puntigamer Sturm mit konkreten Berechnungen vorliegen, wonach sich die Stadt Graz im Fall einer Verpachtung des Liebenauer Stadions an Sturm anstehende Investitionen im Ausmaß von vielen Millionen Euro sowie die jährlich laufenden Abgänge in nicht unbeträchtlicher Höhe ersparen würde. Geld, das somit zum Teil für ein zweites Stadion verwendet werden könnte, das unter den gleichen Bedingungen vom GAK gepachtet werden könnte. Und dies ist denn doch ein Umstand, der bislang in der öffentlichen Diskussion zu wenig Beachtung fand – doch gerade eine Sportstadt wie Graz, die sogar olympische Winterspiele ausrichten hätte wollen, sollte angesichts dessen zumindest die Machbarkeit einer Zwei-Stadien-Lösung seriös und möglichst auf Punkt und Komma durchleuchten. Eine solche unaufgeregte Kosten-Nutzen-Rechnung, bei der alle Zahlen, Fakten, Für und Wider auf den Tisch kommen, ist man den Grazer SteuerzahlerInnen schuldig, eine derart transparente Herangehensweise wäre auch im Interesse der tausenden AnhängerInnen von Sturm und GAK.

Voraussetzung für eine solche Machbarkeitsstudie – bei der im Übrigen auch unbedingt auf die Kompetenz und Expertise der universitären Einrichtungen in der Stadt Graz zurückgegriffen werden sollte - ist natürlich die Bereitschaft der beiden Vereine zur absoluten Transparenz inklusive Kassensturz und Wirtschaftspläne; ebenso ist auf jeden Fall das Land Steiermark einzubinden.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Beteiligungsreferent Dr. Günter Riegler und Sportstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit unter Einbindung von Sturm und GAK sowie des

Landes Steiermark und mit Mitwirkung der in Graz ansässigen universitären Einrichtungen und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht eine Machbarkeitsstudie für eine Zwei-Stadien-Lösung für Sturm und GAK durch die Stadt Graz in Auftrag gegeben werden kann. Dem Gemeinderat ist bis Jänner ein entsprechender Bericht vorzulegen.

StR Hohensinner:

Lieber Michi, ich glaube, es geht uns gleich, wenn wir im Internet über einen künstlichen Konflikt zwischen der Stadt Graz und Sturm lesen. Das ist nicht gut, das fordert mich auf, hier jetzt auch wirklich aktiv zu werden, weil wir wissen, die Stadt braucht Sturm und Sturm braucht die Stadt Graz und ich werde jetzt alles daransetzen, und du gehst auch in eine ähnlich Richtung, dass wir ein Abrüsten der Emotionen zusammenbringen. Dazu zwei Projekte, die in diese Richtung führen. Das erste Projekt, da war im Internet der Vorwurf, dass die Stadt Graz willkürlich Genehmigungen für Installationen im Stadion verlangt. Da geht es um Proteste, die diese Einpeitscher der Fangemeinden installiert haben. Ich habe mich gemeinsam mit dem Herrn Vizebürgermeister bemüht, der für das Veranstaltungsamt zuständig ist, dass wir gestern schon alle Verantwortlichen im Rathaus versammelt haben, nämlich der für die Stadion GmbH mitverantwortliche Karl Altenburger, der Hannes Knoll, der Fanvertreter Georg Kleinschuster, der Thomas Tebbich von Sturm, eben der angesprochene Andreas Köhler vom Veranstaltungsreferat und der Herr Zois aus dem Büro Eustacchio waren anwesend und wir haben wirklich ganz schnell geschaut, wie können wir diese Installationen auch mit einer Genehmigung versehen. Natürlich braucht es eine Genehmigung, weil der Andi Köhler eben gesagt hat, bei einem Rundgang ist ihm das aufgefallen, dass diese Installationen nicht genügend fest verankert sind und wenn da etwas passieren würde, wären wir verantwortlich. Von dem her, man muss eine Genehmigung hier einholen. Wir werden aber ganz schnell handeln, damit wir beim nächsten Heimspiel, das findet am 8. Dezember statt, auch

die notwendigen Genehmigungen haben und gestern hat Sturm auch mitbekommen, dass wir da in keinsten Weise irgendwie etwas verhindern versuchen, dass das alles seinen ganz normalen Weg genommen hat, aber wir werden es zusammenbringen, dass hier die Fangemeinde auch zufrieden ist. Ein weiterer Punkt ist eben das zweite Stadion. Wir haben da auch Umfragen in der „Woche“ lesen können, dass die Bevölkerung zu 80 % eigentlich gegen die Zwei-Stadion-Lösung ist, aber ich bin bei dir, wir sollten jetzt ganz sachlich abklären, was eben der Bedarf ist und dann auch eine Kostenschätzung einholen. Wir haben den Rechnungshof ersucht, den Bedarf zu erheben. Wir haben die GBG ersucht, eine Kostenschätzung vorzunehmen, der Rechnungshof wird wiederum diese Kostenschätzungen auf Plausibilität überprüfen und wir werden dann hier hoffentlich relativ bald, aber es wird sicherlich etwas dauern, eine Rückmeldung haben und dann haben wir wirklich eine Grundlage zu entscheiden, ob wir eine weitere Machbarkeitsstudie in Auftrag geben oder nicht. Dementsprechend schaut auch unser Abänderungsantrag aus. Aber weil die Zeit schon fortgeschritten ist, werde ich den jetzt nicht verlesen. Der Abänderungsantrag liegt allen Klubs vor, ich bitte um breite Zustimmung. Danke.

GR. Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher. Beim Betreff muss ich ganz ehrlich sagen, habe ich ein wenig schmunzeln müssen im ersten Moment, die SPÖ fordert eine Machbarkeitsstudie. Wenn ich mich richtig erinnere, beim Projekt Plabutsch und Olympia war das eigentlich nicht ganz so eure Sache. Aber im Thema bin ich voll bei dir, um eben ordentliche Entscheidungsgrundlagen zu haben, braucht es natürlich auch eine Prüfung der Daten und Fakten, die wir vorliegen haben müssen, um einfach auch ordentlich darüber diskutieren zu können. Es wird einen Bericht des Stadtrechnungshofes geben, das finde ich auch, dass das sehr gut so ist und ich freue mich auf eine sehr gute

Diskussionsgrundlage dann und somit werden wir der Dringlichkeit in diesem Fall zustimmen.

GR Dreisiebner:

Eigentlich wollte ich mich nur zum Antrag von Kollegen Ehmann melden, aber jetzt möchte ich doch auf die Aussage vom Kollegen Wagner ein wenig aufklären. Ich glaube nicht, dass irgendeine Fraktion hier im Hause gegen eine Machbarkeitsstudie Plabutsch war. Da ging es um etwas anderes, da ging es um das Öffentlichmachen der Daten für den Gemeinderat und die Gemeinderatsfraktionen bzw. die Erkenntnisse der Machbarkeitsstudie, aber sei es drum, du hast damals gefehlt, du warst im Landtag. Zum dringlichen Antrag selbst, ja, wir sollen das emotionsfrei und sachlich analysieren, dafür könnte jetzt laut Antrag, aber auch laut Aussage vom StR Hohensinner das Richtige in nächster Zeit passieren, unter Einbindung des Stadtrechnungshofes. Was mir und uns aber schon auch wichtig wäre, wir werden dem Antrag zustimmen, was mir aber auch wichtig wäre, dass wir uns das aus stadtplanerischen und aus verkehrsplanerischen Gesichtspunkten auch sehr gut anschauen mögen, weil das Thema natürlich das ist, wir brauchen eine ÖV-Anbindung. Eine hochwertige ÖV-Anbindung, wir brauchen dort auch dementsprechende Möglichkeiten, mit dem Radl hinzufahren und dementsprechend auch die Möglichkeit vielleicht für Menschen die trotzdem mit dem Auto kommen müssen oder wollen, auch Vorsorge zu treffen, weil es kann dann nicht das sein, dass die AnwohnerInnenschaft in der näheren und mittleren Umgebung, sprich die nächsten paar hundert Meter in jede Richtung, darunter leidet, dass Fußballspiele stattfinden. Das kennen wir und was wir auch nicht wollen ist, dass das dann irgendwie aus der Stadt herausgeht, solche Überlegungen gab es ja auch schon in anderen Städten. Ich glaube, dass das im urbanen Raum mit der entsprechenden Infrastruktur verkehrlichen Anbindung usw. passieren muss. Grundsätzlich schauen wir uns das bitte sachlich an, wir haben viele dringende

Themen, nehmen wir auch dieses und beraten wir uns dann auf Basis der weiteren Ergebnisse. Wir stimmen heute zu, danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. Hofer:

Geschätzte Stadtregierung, werte Kollegen im Gemeinderat, der Förmlichkeit halber muss man den Abänderungsantrag auch noch einbringen, aber zuvor möchte ich auch noch ein paar Worte verlieren. Der Karl Dreisiebner hat, sehr wichtig, darauf hingewiesen, haben wir ja auch im letzten Gemeinderat auch die Frage gehabt zu der Causa mit dem Wolfsberger AC, dass das Verkehrskonzept natürlich dort auf alle Fälle ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich war am Anfang nicht ganz sicher, ob das jetzt eine Geschichte wird, wo ich in den Zweikampf gehen muss oder ob ich hier Flanken schlagen kann, aber offensichtlich werden wir uns hier Flanken zuspielen und versuchen, die auch ordentlich einzuköpfeln. Ich kann nur berichten, ich bin auch im Infrastrukturausschuss des Landes als Vorsitzender tätig und habe dort mit einem Landesrat Lang ja auch viel zu tun und es trifft ja eigentlich genau den Nagel auf den Kopf und er köpft ihn ein (*lacht*). Flach schießen, hoch gewinnen...

Was hier aber eine sehr wichtige Sache ist, vor allem in diesem Infrastrukturausschuss, dass wir uns im Land eigentlich zum Ziel gemacht haben, eine Landkarte zu entwickeln, die wir in der Stadt Graz eigentlich schon haben, wurde heute schon erwähnt, zu entwickeln und zu evaluieren, was haben wir an Sportstätten in der Steiermark, wo brauchen wir sie noch und in welchen Ballungszentren oder auch kleineren Räumen brauchen wir welche Größen. Da ist das natürlich genau das Richtige, dass man für die Stadt Graz natürlich auch schauen muss, wenn man zwei Profivereine hat und man weiß ja nie, auch der GAK vielleicht in der ersten Liga bald wieder spielen wird, wie man diese Sache löst. Dazu gibt es verschiedenste Beispiele in ganz Europa. Ob man

jetzt nur ein Stadion hat für zwei große Profivereine, da gibt es Städte, die haben noch viel größere Vereine, was die Zuseher Zahl vor allem betrifft, aber auch andere, wo es Zwei-Stadien-Lösungen gibt. Ich glaube aber, dass man das sehr sachlich betrachten muss und deswegen finde ich das sehr gut, dass diese Anfrage an den Rechnungshof gemacht wurde, dass das einmal geprüft wird, damit man einmal die Zahlen am Tisch hat und dass man über diese Zahlen dann auch einmal reden kann und das eben möglichst emotionslos. Ob das Sinn macht die Zwei-Stadien-Lösung, die Ein-Stadion-Lösung und natürlich die dazugehörenden Konzepte. Deswegen darf ich seitens unserer Fraktion einen Abänderungsantrag einbringen.

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge bitte beschließen:

- 1.) Der Bericht des Stadtrechnungshofs zu dem zum selben Thema bereits eingebrachten Prüfantrag ist abzuwarten.
und der Punkt 2, der sich einigermaßen mit deinem ergänzt,
- 2.) bei grundsätzlich positivem Ergebnis dieser Rechnungshofprüfung werden der Beteiligungsreferent Dr. Günter Riegler und Sportstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit unter Einbindung von Sturm und GAK sowie des Landes Steiermark und mit Mitwirkung der in Graz ansässigen universitären Einrichtungen und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht eine Machbarkeitsstudie für eine Zwei-Stadien-Lösung für Sturm und GAK durch die Stadt Graz in Auftrag gegeben werden kann. Dem Gemeinderat ist innerhalb angemessener Frist ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1.) Der Bericht des Stadtrechnungshofs zu dem zum selben Thema bereits eingebrachten Prüfantrag ist abzuwarten.*

- 2.) Bei grundsätzlich positivem Ergebnis dieser Rechnungshofprüfung werden der Beteiligungsreferent Dr. Günter Riegler und Sportstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit unter Einbindung von Sturm und GAK sowie des Landes Steiermark und mit Mitwirkung der in Graz ansässigen universitären Einrichtungen und unter welchen Voraussetzungen gemäß Motivenbericht eine Machbarkeitsstudie für eine Zwei-Stadien-Lösung für Sturm und GAK durch die Stadt Graz in Auftrag gegeben werden kann. Dem Gemeinderat ist innerhalb angemessener Frist ein entsprechender Bericht vorzulegen.*

GR Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank im Sinne der Sportbegeisterten. Vielen Dank im Sinne der Wertschöpfung für die Stadt Graz und das touristische Aufkommen in der ganzen Welt, wo die Stadt Graz durch viele Sportveranstaltungen natürlich auch hier repräsentiert, international repräsentiert und letztendlich muss ich sagen, ich freue mich sehr darüber, dass diese unaufgeregte Lösung nun endlich zustande kommt. Das wäre eigentlich die Intention von Beginn an gewesen, aber gut, dass es nun so ausgeht und dass es so kommt. Nur ganz kurz zum Kollegen Hofer, Ein-Stadien-Lösungen gibt es sehr wenige, es gibt sie, das stimmt, aber die Mehrheit hat grundsätzlich Zwei-Stadien-Lösungen in den größeren Städten und zum Kollegen Wagner: Da war eher das Thema bei der Machbarkeitsstudie, gibt es sie überhaupt

oder gibt es sie nicht? Das war damals beim Plabutsch der Fall und Karl, ja, absolut, da kann ich dir folgen auch mit dem Thema Verkehr. Das spielt natürlich eine essentielle Rolle bei einer derartigen Entwicklung und wenn man so etwas dann tatsächlich in die Realität umsetzen würde. Insgesamt, im Sinne aller tausenden Fans ein herzliches Dankeschön für die Annahme bzw. für diesen Lösungsansatz, der nun gefunden wurde, ich glaube, da gibt es nicht mehr viel zu sagen. Danke.

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

10.6 Ein Jugendgemeinderat für eine generationengerechte Stadtpolitik (GR Swatek, Neos)

Swatek:

Da wir ja schon sehr fortgeschritten sind mit der Zeit, werden wir ein wenig auf das Gas steigen. Mein dringlicher Antrag behandelt heute ein Thema, das mir sehr wichtig ist, nämlich unsere Jugend. Und unsere Jugend ist derzeit sehr politikinteressiert, wie man z. B. auch an der Fridays-for-Future-Bewegung sieht. Aber unsere Jugend, in der steckt auch ein enormes Potential, weil in ihr viele Ideen stecken, wie man unsere zukünftigen Herausforderungen auch lösen könnte und weil in ihnen auch viele Ideen stecken, wie sich unsere Stadt in Zukunft auch entfalten könnte. Mein Vorschlag ist es daher, Jugendliche daher aktiver in die Politik einzubinden. Das heißt, einen echten Jugendgemeinderat in Graz zu etablieren. Dort, wo Jugendliche hinkommen können und Anträge ausarbeiten können, die wir als Politik dann auch bearbeiten müssen. Das heißt, dass die Jugendlichen auch herkommen können und ihre Ideen uns auch mitteilen können und wir als Politik aber dann auch gezwungen sind, diesen Jugendlichen zu sagen, ob wir ihre Idee unterstützen oder ob wir sie ablehnen und wenn wir sie ablehnen, warum wir das tun und daher würde ich das als einen sehr

wichtigen Schritt empfinden, wenn wir Jugendliche in unsere politische Arbeit stärker miteinbeziehen und stelle daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der Schaffung eines Jugendgemeinderates zu prüfen. Dieser soll jedenfalls folgende Kompetenzen erhalten:

- (1) alle zwölf- bis achtzehnjährigen EU Bürger der Stadt Graz als Stimmberechtigte umfassen, die sich vierteljährlich treffen,
- (2) nach einer Online-Konsultation in einem physischen Treffen fünf Anträge als Jugendanträge zu reihen,
- (3) der Antragsteller/ die Antragstellerin soll Rede- und ein Antragsrecht in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung haben.

Ich bitte um große Unterstützung und freue mich auf die Wortmeldungen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

ProAct leistet bewundernswerte Arbeit in der Demokratieförderung, aber nur mit einer echten Einbindung in die Gemeinderatsarbeit können Jugendliche laufend in das politische Geschehen eingebunden werden.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf politische Beteiligung und Mitgestaltung in ihrer Heimatstadt. Wer zwischen 12-18 Jahre alt ist und seinen Lebensmittelpunkt in Graz hat, soll über einen Jugendgemeinderat aktiv am politischen Leben teilhaben können. Der Jugendgemeinderat soll echte Kompetenzen bekommen.

Die Jugendlichen sollen lernen, wie der Alltag eines Gemeinderates aussieht und Demokratie in der Praxis erfahren können.

Dazu braucht es beispielhaft eine digitale Plattform, in der Jugendliche partizipativ gemeinsam Anträge erarbeiten können. Über die erarbeiteten Ideen und Konzepte für unsere Stadt soll der Jugendgemeinderat vierteljährlich in einem physischen Treffen diskutieren. Anschließend sollen Jugendliche darüber abstimmen, wie relevant sie diese Anträge sehen. Die fünf relevantesten Anträge werden im darauffolgenden Gemeinderat besprochen.

Die Antragsteller der fünf wichtigsten Anträge sollen ein Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat und eine Auskunftsrecht in Gemeindeangelegenheiten zu ihrem jeweiligen Anliegen haben.

Die Einrichtung eines Jugendgemeinderates fördert die Beteiligung von Jugendlichen am demokratischen Leben und ermöglicht ihnen ein Verständnis für Gemeindepolitik. Ein Jugendgemeinderat bringt uns als Stadtpolitik aber auch dazu, aktiver Jugendlichen zuzuhören und ihre Ideen und Konzepte für die Zukunft unserer Stadt ernst zu nehmen.

Im Sinne einer enkelfitten, innovativen und partizipativen Stadt stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der Schaffung eines Jugendgemeinderates zu prüfen. Dieser soll jedenfalls folgende Kompetenzen erhalten:

- (1) alle zwölf- bis achtzehnjährigen EU Bürger der Stadt Graz als Stimmberechtigte umfassen, die sich vierteljährlich treffen.*

- (2) *nach einer Online-Konsultation in einem physischen Treffen fünf Anträge als Jugendanträge zu reihen.*
- (3) *der Antragsteller/ die Antragstellerin soll Rede und ein Antragsrecht in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung haben.*

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe vereinzelte Gäste auf der Galerie, lieber Niko, danke für deinen Antrag, danke auch für die dazugehörige OTS, die recht viele Fragen aufgeklärt hat, die vielleicht dann, was die Finanzierung z.B. angeht, oder wo das vielleicht noch überall anwendbar ist, aufgeklärt hat. Ja, Jugendpartizipation ist extrem wichtig, auch Teilnahme und Teilhabe am demokratischen Prozess über die Ausübung von Wahlrecht hinaus ist irrsinnig wichtig und als junge Menschen in besonderer Weise auch bei zukunftssträchtigen Themen intensiver befragt zu werden und intensiver mit in diesen Prozess eingebunden zu werden, ist uns auch wichtig und das haben wir, so glaube ich, letzten Dienstag sehr gut gesehen. Du hast erwähnt, dass wir bereits auch schon sehr viele Projekte in Graz haben. Angefangen von ProAct-Jugendgemeinderat, aber auch vom Kinderparlament und „Mitmischen“ und du bist sicher auch über die jetzigen Jugendräte in den verschiedenen Bezirken informiert, wo man sich zu Themen im Jugendbereich auch noch genauere Inputs holt von den betroffenen Jugendlichen. Ich glaube, es gibt da die zwei Teile, auf die sich auch dein Antrag bezieht, einerseits junge Leute, die sich im Bereich Jugend Gedanken machen und auch dort Ideen bringen und dann in dem allgemeineren Bereich. Ich glaube, dass wir für den ersten schon sehr viele, sehr gute Formate bei uns in Graz haben und für den zweiten ein sehr gutes Beispiel. Vergangenen Dienstag im Sozialausschuss, ich kann es dir gern nachher erzählen, aber du hast den Bericht sicher trotzdem gelesen, oder du warst vielleicht anders beschäftigt, aber das sei dir gegönnt.

Wie andere Themen, die vielleicht nicht per se tatsächlich, wie junge Leute bei uns in der Stadt leben, sondern vielleicht mit einem zukunftssträchtigeren Thema zu tun haben.

Das Amt für Jugend und Familie hat nach meinem dringlichen Antrag im Juli einen sehr guten Prozess aufgesetzt, wo Jugendliche tatsächlich auch zu den verschiedenen Themen befragt wurden und wo auch ein ganz wichtiger Aspekt drinnen ist, den du in deinem Antrag erwähnst, nämlich den Bildungsaspekt, wie demokratische Prozesse bei uns im Rathaus einfach auch passieren, die da auch übermittelt werden. Ich glaube aber auch, dass es auch wichtig ist, den einen Aspekt, den wir alle hier drinnen teilen, auch noch zu erwähnen, nämlich dass Anliegen von jungen Menschen auch über uns eigentlich in diesen Gemeinderat kommen sollten. Ich glaube, das machst du genauso wie alle anderen Gemeinderatsmitglieder, dass sie mit Bürgerinnen und Bürger in Graz sprechen und sagen, ok, was sind hier die Anliegen. Ich glaube, dass wir dafür gewählt sind und dass man das nicht außen vor lassen darf. Einen kleinen Aspekt, der vielleicht ein wenig zur späteren Stunde auch beiträgt und ein humorvollerer ist, aber ist auch ein Aspekt, der bei uns in der Besprechung auch aufgekommen ist und ich verstehe den Focus auf junge Leute und bin absolut dafür und gleichzeitig würde ich dann aber auch, und meine Kolleginnen und Kollegen verzeihen es mir, auch verstehen, wenn dann z.B. unser Ehrenclubobmann Piffel irgendwann einmal sagen würde, ok, jetzt bräuchte ich dann aber auch einen Gemeinderat für die SeniorInnen, der gleich aufgestellt ist und auch Rederecht hat und ich glaube, dass das dann zu einer Nicht-Erleichterung unserer Prozesse hier im Rathaus führt, sondern vielleicht zu einer komplexeren Reihenfolge. Also ein ganz klares Bekenntnis dazu, dass Jugendarbeit sehr wichtig ist und eine sehr dringende Angelegenheit ist, aber dass wir der Meinung sind, dass dieser Jugendgemeinderat, so wie du ihn vorschlägst, in diesem Fall nicht dringlich ist.

Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte wenige ZuhörerInnen, die Jugendlichen sind leider nicht mehr da. Im Antrag stecken schon ein paar gute Ideen. Z.B. das mit der digitalen Plattform, die eigentlich, wenn man das Nutzerverhalten der Jugendlichen beobachtet, tatsächlich gut und wäre vielleicht auch notwendig, trotzdem können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Nämlich hauptsächlich aus dem Grund, dass das erwähnte ProAct, das gibt es, das gehört tatsächlich erweitert, allerdings ist ProAct im Unterschied zu deinem Antrag wirklich für alle Jugendlichen. In diesem Antrag, das hat natürlich auch einen rechtlichen Hintergrund, werden wieder nur EU-BürgerInnen angesprochen. Das ist für uns ein klares Zeichen für mangelnden Integrationswillen. Denn man signalisiert so den Jugendlichen, die aus Nicht-EU-Ländern kommen, ihr dürft später eh nichts sagen, dann braucht ihr da jetzt auch nicht mitzumachen. Anstatt sie zu motivieren, dass sie sich gut integrieren, dass sie vielleicht später einmal die Staatsbürgerschaft annehmen, um auch mitstimmen und mehr mitreden zu können, solange sie leider sonst nicht die Möglichkeit haben.

Der zweite Punkt ist, und das hat man heute bei dem Antrag von der Manuela Wutte ganz gut gesehen, mit dem Kinderwegenetz, bei ProAct dürfen Jugendliche über Projekte von Jugendlichen abstimmen. Ich glaube, Kinder hätten über ein Kinderwegenetz ganz anders abgestimmt und das sage ich als Mutter einer Tochter, die sehr gut Radfahren kann, die aber trotzdem letzte Woche auf dem Radweg vor einer Schule von einem ausparkenden Auto fast überfahren worden wäre und jetzt natürlich nicht mehr ganz so mutig ist wie früher. Deswegen würde ich vorschlagen, wir haben keinen Abänderungsantrag, dass man besser ProAct ausweitet, mit mehr Jugendzentren zusammenarbeitet, das Budget ausweitet und Jugendlichen so, und zwar allen Jugendlichen, so mehr Möglichkeiten gibt. Danke.

GRⁱⁿ Robosch:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich mache es ganz kurz. Lieber Niko, ich finde den Antrag total wichtig, ich finde ihn dringlich, ich finde Partizipation und auch Mitbestimmen ist vor allem für junge Leute extrem wichtig, weil viele Dinge, die bei uns heute beschlossen werden und für die sich junge Leute auch interessieren, bei denen können sie noch nicht mitreden. Ich finde aber ehrlicherweise, dass man über die Umsetzung sehr wohl diskutieren kann und dass es bei uns auch in der Diskussion Fragen gegeben hat und auch Sachen gegeben hat, wo wir nicht einer Meinung sind. Wir teilen zumindest das mit, das von der KPÖ, das mit den EU-Bürgern. Ich finde, der große Vorteil von ProAct ist, dass eben alle eingebunden werden und wir finden auch, dass man hier mehr als nur einen Pitching-Contest machen könnte und auch quasi Mitbestimmung auf der untersten Ebene anbieten könnte. An vielen Bezirksräten sind so Jugend Projekte und Jugendgemeinderäte schon angedockt. Wir hätten gerne, dass man über die Umsetzung noch mehr diskutiert, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit natürlich zu, über den Inhalt und über die Umsetzung würde wir noch gerne weiter diskutieren.

GR Ing. Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, Kollege Swatek. Die Drohung schnell ist jetzt doch nicht eingetreten, es ist dann doch länger dazu gesprochen worden, aber ich darf auch ganz kurz aus meiner Sicht reden. Jugendbeteiligung gibt es schon sehr lange, auch ich war als Schüler im Jugendgemeinderat, das ist schon lange her, aber auch die Debatte EU-Bürger oder nicht, muss ich auch ehrlich sagen, damals waren 99 % der Kinder Österreicher, das war tatsächlich so, heute ändert sich das ja. Jugendbeteiligung findet statt, schon öfters erwähnt worden, ProAct ist ja im Gange und das ist ja eine gute Sache und zu deinem Antrag selbst, beim ersten hat eh schon die Kollegin Hopper gesagt, wenn man auch die 18-Jährigen einbezieht, die ja dann auch schon wahlberechtigt sind, warum kommt dann nicht die nächste Gruppe Seniorengemeinderat, Hundebesitzergemeinderat, da hätten wir natürlich dann viele

Lobbyisten und Gruppen, die wir hereinlassen und der dritte Punkt, bin jetzt auch kein Jurist, aber auch du bist ein junger Gemeinderat, vielleicht weißt du das noch nicht. Wenn du hier ein Antrags- und Rederecht forderst für Jugendliche, das wird dem Statut widersprechen, da hängt ja ein Landesgesetz dran. Also es findet statt, Jugendbeteiligung, und daher nicht dringlich.

GRⁱⁿ Ussner:

Nur zu den Punkten, erstens danke, Niko, für den Antrag, wir werden zustimmen. Zu dem Punkt ProAct, das ist ja doch etwas anderes. Da wird ein Budget bereitgestellt, die Kinder können selbst Vorschläge machen und das wird ausgeschüttet. So wie ich den Antrag verstanden habe, geht es darum, Jugendliche wirklich mehr in dieses realpolitische Geschehen miteinzubeziehen, weil was da bis jetzt de facto passiert ist, dass sie sich das ein/zwei Stunden von der Galerie oben anschauen und das war es und ein paar kleinere Geschichten. Aber wirklich ein richtiges Mitbestimmungsinstrument für den Gemeinderat selbst, das höchste Gremium, gibt es halt nicht und da wäre so ein Antrag eigentlich sinnvoll. Zu dem mit den SeniorInnen, ist eh eine ganz lustige Idee, aber Senioren und SeniorInnen haben ja sich hoffentlich schon längere Zeit mit dem politischen Geschehen in Graz und Österreich auseinandergesetzt und wissen somit, wie die Strukturen funktionieren, was für einen Jugendlichen vielleicht noch nicht der Fall ist und da geht es eben darum, da gleichzeitig durch Beteiligung ein wenig Bildungsarbeit zu betreiben und den Jugendlichen verständlich zu machen, wie die Gremien funktionieren. Das Einzige, was wir uns gedacht haben, ist, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen halt für Rede- und Antragsrecht vielleicht schwierig sein könnten umzusetzen, aber nichts Unüberwindbares, daher Zustimmung von unserer Seite.

Eustacchio:

Das Schlusswort wird nicht mehr ausgeübt, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.